

MARTIN KLOKE

Deutsch-Israelische Beziehungen

Israel und die Bundesrepublik Deutschland sind durch enge politische, wirtschaftliche, kulturelle und zivilgesellschaftliche Kontakte verbunden. An diesem Netzwerk wurde bereits vor dem 12. Mai 1965 geknüpft; an diesem Tag fand der Notenaustausch zwischen beiden Staaten zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen statt. Die ersten Schritte auf diesem Weg waren schon in den 1950er-Jahren erfolgt, nur kurze Zeit nach dem Ende des vom nationalsozialistischen Deutschland begangenen Völkermordes an den europäischen Juden.

Die Vergangenheit ist nicht vergessen – dies zeigen die Erfahrungen der vergangenen 50 Jahre. Dennoch oder gerade deswegen hat sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis als gut und belastbar erwiesen. Das Wissen um die Vergangenheit, aber auch gemeinsame Werte und Interessen verleihen den Beziehungen zwischen beiden Staaten einen einzigartigen Charakter.

Inhalt

50 Jahre diplomatische Beziehungen	2
Last der Vergangenheit	3
Wege zur diplomatischen Anerkennung	4
Wirtschaftskontakte im Aufwind	8
Beziehungen in der Bewährung	10
Europa und das deutsch-israelische Verhältnis	18
Wie viel Vergangenheit braucht die Gegenwart?	20
Normale oder asymmetrische Beziehungen?	21
Zukunftsperspektiven	23



Vorreiter: Ministerpräsident David Ben Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer – hier 1966 im Speisesaal des Kibbuz Sde Boker – setzten sich auch gegen Widerstände in Politik und Gesellschaft in ihren Ländern für die deutsch-israelischen Beziehungen ein.

1965 - 2015

50 שנה
ליחסים הדיפלומטיים
ישראל-גרמניה

50 Jahre
Diplomatische Beziehungen
Deutschland-Israel





picture-alliance / dpa / EPA / Sebastian Scherer / Pool

Deutschlands Verantwortung: Bundeskanzlerin Angela Merkel betont in ihrer Rede am 18. März 2008 vor der Knesseth die enge Verbundenheit mit Israel.

50 Jahre diplomatische Beziehungen

Der jüdische Staat gehört zu jenen Ländern, mit denen Deutschland ein enges Netz wirtschaftlicher, kultureller, zivilgesellschaftlicher und politischer Beziehungen geknüpft hat: Israel ist für die Bundesrepublik der größte Handelspartner im Nahen Osten. Umgekehrt gilt, dass Deutschland nach den USA und China zu Israels drittgrößtem Handelspartner aufgestiegen ist. Heute unterhalten hunderte deutscher Städte und Landkreise, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie Schulen und Vereine Kooperations- und Austauschprojekte mit israelischen Partnern – vielfach unterstützt mit öffentlichen Mitteln. Diese Programme sind in ihrer Breitenwirkung ähnlich bedeutsam wie Jugendaustauschprojekte mit französischen, polnischen oder US-amerikanischen Partnern. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist mit 4794 Mitgliedern (Stand: 2.9.2014), 50 regionalen Arbeitsgemeinschaften und einem bundesweit agierenden Jungen Forum die größte bilaterale Freundschaftsgesellschaft. Obwohl Israel nur 0,015 Prozent der Erdoberfläche bedeckt, beziehen sich zeitweise zehn Prozent der Weltnachrichten in den deutschen Medien auf das kleine Land zwischen Jordan und Mittelmeer. 2014 hat Deutschland die konsularische Vertretung von Israelis in jenen Staaten übernommen, in denen Israel keine Botschaften unterhält.

Das Verhältnis Deutschlands zu Israel wird immer wieder auch durch die Vergangenheit belastet: den Völkermord des nationalsozialistischen Deutschlands an den europäischen

Juden. Ein unbedachtes Wort, ein falscher Zungenschlag, ein missglückter historischer Vergleich reißen seelische Wunden auf und gefährden jene zerbrechliche Balance, die in den vergangenen fünf Jahrzehnten unter großen Mühen aufgebaut werden konnte. Neben der Last der Vergangenheit beinträchtigt auch der israelisch-palästinensische Konflikt die deutsch-israelischen Beziehungen. Aufgrund der fortdauernden Spannungen mit seinen palästinensischen Nachbarn leidet das Ansehen Israels in Gesellschaft und öffentlicher Meinung Deutschlands.

Gleichwohl bilden die Beziehungen zum Staat Israel eine der tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik. Dies unterstrich Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 in einer Rede vor dem israelischen Parlament in Jerusalem: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“

Dieses Heft bietet einen Überblick über Höhen und Tiefen der deutsch-israelischen Beziehungsgeschichte. Wer heute eine Bilanz aus 50 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ziehen will, steht auch vor der Frage, wie sich diese Beziehungen in den nächsten 50 Jahren weiterentwickeln werden.

Last der Vergangenheit

Die deutsch-israelische Beziehungsgeschichte ist nicht zu verstehen ohne ihre europäischen Wurzeln: Gerade weil die europäische Normalität jahrhundertlang von einer jüdenfeindlichen Grundstimmung geprägt war, richteten in der Neuzeit viele europäische Juden im Prozess ihrer bürgerlichen Gleichstellung besondere Erwartungen auf die emanzipatorischen Reformen im deutschen Sprach- und Kulturraum. Juden konnten im kaiserlichen Deutschland (1871–1918) sowie in der Weimarer Republik (1919–1933) in beachtlichem Maße wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich an der aufstrebenden bürgerlich-kapitalistischen Moderne teilhaben. Gewiss: Der religiöse und zunehmend auch rassistische Antisemitismus machte sich, wie fast überall in Europa, auch in der Mitte der deutschen Gesellschaft breit. Doch schienen antijüdische Vorbehalte in den sogenannten Goldenen 1920er-Jahren hierzulande weniger ausgeprägt zu sein als in anderen europäischen Staaten – Antisemitismus wurde vielerorts als ein primitives Relikt voraufklärerischen Denkens verharmlost. Die Ideen des Zionismus verhalten deshalb zunächst insbesondere in liberalen Milieus des deutschen Judentums, die an ihrem Traum von der „deutsch-jüdischen Symbiose“ festhielten.

Umso größer war der Schock, dass ausgerechnet im „Land der Dichter und Denker“ ein staatlich organisierter Vernichtungsantisemitismus auf den Plan treten konnte, dem in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) sechs Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder zum Opfer fielen (Schoah). „Wie kam es, dass ein Volk, das der Menschheit das Erhabenste schenkte, was Poesie, Philosophie und Musik hervorgebracht haben, das furchtbarste Verbrechen in der Geschichte be-

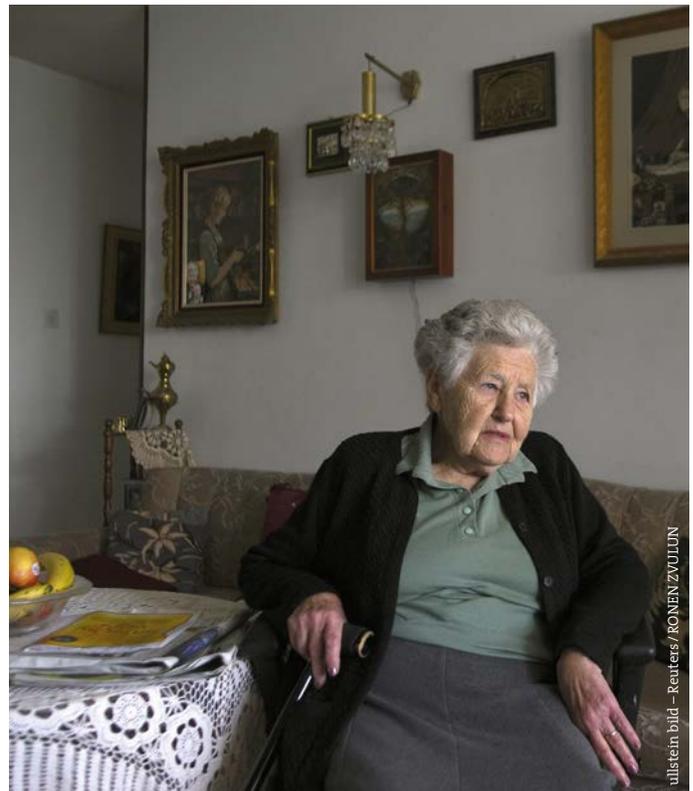
ging?“, fragt der israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk in seinem Buch „Der letzte Berliner“.

Vor dem Hintergrund der deutschen Massenverbrechen wurde das britische Mandatsgebiet Palästina zum „Rettungsanker“ für verfolgte Juden, die andernorts zunehmend unerwünscht waren. Ungeachtet der schärfer werdenden Einwanderungsbestimmungen verdreifachte sich zwischen 1933 und 1947 die Zahl der Juden in Palästina. Dieser Zustrom stieß auf den wachsenden Widerstand der lokalen arabischen Bevölkerung. Die aktive Unterstützung des NS-Vernichtungsantisemitismus durch Amin el-Husseini, dem palästinensischen Großmufti von Jerusalem, verbreiterte den Graben zwischen Juden und Arabern in Palästina. Als die arabische Staatenwelt den 1947 von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Plan zur Teilung Palästinas in zwei separate Staaten ablehnte und schließlich das britische Mandat für Palästina ohne eine einvernehmliche Übergangslösung endete, rief der jüdische Nationalrat am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den Staat Israel aus. Im darauf folgenden ersten Nahostkrieg konnte sich Israel gegenüber den Armeen sämtlicher arabischer Nachbarstaaten behaupten, die das „zionistische Gebilde“ auslöschen wollten.

Noch heute leben in Israel fast 100 000 Überlebende der Schoah. Das Trauma einer Gesellschaft, die nicht vergessen kann, dass ihr Staat auf der Asche eines (deutschen) Vernichtungswahns gegründet wurde, zeigt sich in Israel bis heute: „Hätte die zionistische Bewegung zehn Jahre früher einen wehrhaften jüdischen Staat gründen können, wäre die Schoah verhindert worden!“ und „Nie wieder Opfer!“ lauten Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit, die auch die Konfrontation mit dem palästinensischen Nationalismus bestimmt. Die Last der deutsch-jüdischen Vergangenheit ist nach wie vor präsent.



Historische Verpflichtung: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin erinnert an die sechs Millionen Juden, die der NS-Herrschaft zum Opfer fielen.



In Israel leben heute noch fast 100 000 Schoah-Überlebende; die aus Ungarn stammende Miriam Helman, 89, in ihrer Wohnung in Jerusalem 2013.

Wege zur diplomatischen Anerkennung

Nach 1945 hatten die meisten Deutschen, die sich inmitten der Trümmer wieder zu reorganisieren versuchten, anderes im Sinn als Politik. Sie waren in erster Linie mit dem täglichen Überleben beschäftigt. Die ehemaligen Täter und Mitläufer, aber auch die meisten Verfolgten des NS-Regimes vermieden es, sich mit der Schoah auseinanderzusetzen. Lediglich einige christliche, linksliberale und sozialistische Intellektuelle durchbrachen das Schweigen.

Die Lage der nach Palästina eingewanderten bzw. vertriebenen Juden – ihr Aufbauwerk sowie die jüdisch-arabischen Auseinandersetzungen – rückte zu diesem Zeitpunkt noch nicht ins Blickfeld. Selbst von der Staatsgründung Israels im Mai 1948 nahm die deutsche Öffentlichkeit kaum Notiz.

Ringens um „Wiedergutmachung“

Die Publizisten Eugen Kogon und Walter Dirks gehörten 1949 zu den ersten Stimmen, die an Bundesregierung und Bundestag appellierten, „die so lange schon hingeschleppte Wiedergutmachung“ einzuleiten. Ihr Ziel, bestmögliche Beziehungen zum jüdischen Volk zu entwickeln, „besonders aber mit seinem Staat in Palästina“, verhalte zunächst auch in Israel ungehört. Ohne Resonanz blieb auch der Vorschlag des SPD-Politikers Carlo Schmid im Februar 1951, den Staat Israel als „Rechtsnachfolger für alle erbenlosen Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsansprüche“ anzuerkennen.

Eine Wende zeichnete sich erst zwei Monate später ab. Bundeskanzler Konrad Adenauer geriet unter Zugzwang, zumal politische Kreise in Israel die Westmächte mahnten, in der Reparationsfrage Druck auf die Deutschen auszuüben. Zwar lehnten die Westmächte eine Vermittlungstätigkeit ab, doch der Kanzler bekannte sich jetzt zum Prinzip der materiellen Entschädigung zugunsten der jüdischen Gemeinschaft. Im April 1951 traf Adenauer unter strengster Geheimhaltung israelische Abgesandte, um Verhandlungen vorzubereiten. Am 27. September 1951 bekannte sich Adenauer vor dem deutschen Bundestag zu Schuld und Verantwortung des deutschen Volkes an den NS-Verbrechen sowie zu einer prinzipiellen Verpflichtung gegenüber Israel und dem jüdischen Volk. Während der Bundestag dieses Vorhaben im Nachhinein mehrheitlich begrüßte, konnte Israels Regierungschef David Ben Gurion nur unter größten Schwierigkeiten ein Mandat für die Aufnahme von Entschädigungsverhandlungen mit den Deutschen erwirken. Die schleppenden, oft kontroversen Unterredungen zwischen der Bundesregierung sowie Vertretern der jüdischen Dachorganisation *Claims Conference* führten 1952 zum Luxemburger Abkommen, in dem sich beide Seiten auf deutsche Zahlungen in Höhe von 3,45 Milliarden DM in zwölf Jahresraten einigten, die als kollektive Reparationen vor allem in Form von Warenlieferungen an den Staat Israel geleistet werden sollten.

Das Abkommen war umstritten: Lehnte es die innerisraelische Opposition anfangs vehement ab, aus Deutschland stammendes „Blutgeld“ in Empfang zu nehmen, drohten die arabischen Staaten, den Handel mit der Bundesrepublik auszusetzen. Deutsche Kritiker inner- und außerhalb der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP argumentierten, Israel habe kein Recht auf Reparationen, da es während der NS-Herrschaft noch gar nicht existiert habe. Auch in der öffentlichen Meinung war das Abkommen alles andere als populär: Laut einer Umfrage des Allensbacher Instituts im August 1952 hielten

44 Prozent der Deutschen das Abkommen für „überflüssig“; nur 11 Prozent signalisierten ihre Zustimmung.

Doch Adenauer hielt an der Vereinbarung fest – aus realpolitischen und moralischen Gründen. Die christlich-liberale Koalitionsregierung stand vor einer Zerreißprobe. Nur zusammen mit den Stimmen der sozialdemokratischen Opposition konnte das Abkommen 1953 im Bundestag verabschiedet werden. Auf israelischer Seite setzte sich Ministerpräsident Ben Gurion für das umstrittene, aber wirtschaftlich unerlässliche Abkommen ein, an dessen Zustandekommen Nahum Goldmann als Präsident der *Claims Conference* wesentlichen Anteil gehabt hatte.

Am 30. Juli 1953 lief in Bremen der israelische Frachter „Haifa“ mit ersten deutschen Warenlieferungen aus, und am 17. Februar 1955 traf das erste Frachtschiff unter deutscher Flagge in Israel



Bedeutender Wegstein: Am 10. September 1952 unterzeichnen Bundeskanzler Konrad Adenauer (2. v. re.) und Israels Außenminister Moshe Sharett (2. v. li.) in Luxemburg das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen.



Ende Juli 1953 verlässt der israelische Frachter „Haifa“, beladen mit den ersten Waren aus Deutschland, Bremen in Richtung Israel.

ein. Diese und weitere Lieferungen waren in den 12 Folgejahren grundlegend für die Entwicklung und Modernisierung der israelischen Wirtschaft und Infrastruktur; sie dienten auch der Eingliederung von etwa 1,5 Millionen Einwanderinnen und Einwanderern. Außerdem begann Westdeutschland, Entschädigungsgelder und Renten an Überlebende der Schoah zu entrichten.

Auch die Bundesrepublik profitierte von dem Abkommen: Nach der Barbarei der NS-Zeit signalisierte die Vereinbarung aller Welt einen Neuanfang, der der Rehabilitierung Deutschlands den Weg bereiten sollte. Die Waren- und Finanzströme legten einen Grundstein für die Entwicklung eines stabilen Beziehungsgeflechts zwischen beiden Ländern – unabhängig von der politischen Eiszeit, die das bilaterale Verhältnis noch auf Jahre hinaus prägen sollte.

Mit dem Wiedergutmachungsabkommen schien der Bann des Schweigens in Deutschland gebrochen zu sein: Eine proisraelische Grundeinstellung, zunächst vor allem in sozialdemokratischen und links-christlichen Kreisen, wurde zum Prüfstein demokratischer Gesinnung. Ab Mitte der 1950er-Jahre kamen erstmalig deutsche Studierendengruppen nach Israel, um in sozialistischen Kibbuzim den Aufbau der dortigen Landwirtschaft zu unterstützen. Sie bewunderten den linkszionistischen „Pionierstaat“ Israel als ein Gegenmodell zur „restaurati-

ven“ westdeutschen Bundesrepublik. Leidenschaftlich setzten sich linksgerichtete Gruppen für eine Verständigung mit dem jüdischen Staat ein. Immer mehr junge Leute brachen nun zu Besuchen oder Arbeitseinsätzen nach Israel auf. Dem „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) gelang es rascher als staatlichen Stellen, Kontakte zu israelischen Partnern aufzubauen. 1957 erhielt der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer auf seiner Israelreise als erster Deutscher der Nachkriegszeit die Gelegenheit zu einer öffentlichen Ansprache vor einem israelischen Publikum. Andererseits stießen die Annäherungsversuche deutscher Nichtregierungsorganisationen bei potenziellen israelischen Partnern zumeist auf Ablehnung.

Stolpersteine

Inzwischen konstatierte die israelische Seite, dass die Deutschen die „Wiedergutmachung“ verlässlich erfüllten – selbst während des Sinaikrieges von 1956 gingen die Lieferungen weiter. Gleichzeitig vermochten die Israelis nicht, ihre politische Isolation im Nahen Osten zu überwinden; Verbündete waren rar gesät. So keimte in israelischen Regierungskreisen der Wunsch auf, die Beziehungen zu Europa, Asien und Afrika zu vertiefen – diplomatische Beziehungen nicht zuletzt auch mit dem „neuen Deutschland“ aufzunehmen.

Der „erste“ Deutsche

[...] Man kann sich heute gar nicht vorstellen, wie unbekannt Israel war, auch für solche, die ganz verrückt danach waren, es kennenzulernen. Man konnte nicht so einfach nach Israel fahren, und ich traf niemanden, der dort gewesen war. [...] [M]an bekam gar kein Visum für dieses Land. Man benötigte eine persönliche Einladung. Und wie konnte man eine persönliche Einladung aus einem Land bekommen, in dem man niemanden kannte, und das nach all dem, was mit Deutschland und den Juden vorgefallen war?

In Berlin lernte ich einen Kibbuznik kennen, der in Wiedergutmachungsangelegenheiten dort war, und er besorgte mir die Einladung durch seinen Kibbuz, Gal Ed, ein „Jecken“-Kibbuz (Jecke, Bez. für deutschsprachige Einwanderer nach Palästina bzw. Israel – Anm. d. Red.). Die Israelmission – so hieß damals die Vertretung in Deutschland mangels diplomatischer Beziehungen – in Köln gab mir ein Visum auf einem besonderen Blatt. [...] Ich durchquerte am 28. Oktober 1959 das sogenannte Mandelbaumtor und trat von einer Welt in eine andere. Es war ein Freitagnachmittag, kurz vor Schabbat-Beginn, ich hatte auch von diesen Dingen keine Ahnung. Ich hatte kein israelisches Geld, die Banken waren schon zu. Eine alte Frau aus Mea Shearim (ultraorthodoxes Stadtviertel in Jerusalem – Anm. d. Red.), die Jiddisch mit mir sprach, gab mir einige Prutot (tausend Prutot waren ein Pfund), und ich kam mit dem letzten Bus ins YMCA, das Schabbat über offen hatte.

Ich war der erste Deutsche für fast alle, denen ich begegnete, der erste Deutsche, den sie in Israel trafen, der erste Deutsche nach dem Krieg. Ich hatte damit gerechnet, dass das schwer sein würde für viele meiner Partner. So war es auch. Besonders für die Juden, die zum Beispiel aus Polen gekommen waren und Deutsche nur als SS-Männer und KZ-Wächter kennengelernt hatten. Ich war 21 Jahre alt – aber wer rechnete das schon nach? Außerdem war ich genauso alt, wie jene SS-Männer damals gewesen waren.

Einige verstummten denn auch, als ihnen klar wurde, dass sie mit einem Deutschen redeten. Manche versuchten, sich gerade mit

einem jungen Deutschen auseinanderzusetzen, um das Trauma loszuwerden. Aber manchmal ging das nicht. [...] Es war manchmal ein schmerzlicher Prozess bis man Freundschaft schloss, und das ist das eigentliche Wunder, dass das auch geschah, sehr häufig sogar [...].

Michael Krupp, „Dreißig Jahre diplomatische Beziehungen zu Israel“, in: Andrea Kaiser u. Tobias Kriener (Hg.), Normal ist das Besondere, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 1996, S. 12 ff.

Schwierige Durchreise

[...] Ich war dreiundzwanzig (Der Autor ist 1935 geboren – Anm. d. Red.), als ich zum ersten Mal deutschen Boden betrat, wenn auch nicht im buchstäblichen Sinne. Die Autoreise mit Freunden quer durch Europa, die ich damals unternahm, führte uns auf dem Weg nach Frankreich auf der Strecke zwischen Salzburg und Innsbruck für kurze Zeit durch bayerisches Gebiet. Es war schon spät in der Nacht, und wir hatten, wollten wir uns längere Umwege ersparen, keine andere Wahl. Wir fuhren, ohne unterwegs zu halten, bemüht, diesen Teil der Route möglichst schnell hinter uns zu bringen. Von dem Augenblick an, da wir an der Grenze deutsche Uniformen sahen, wurde im Auto kein Wort mehr gesprochen. Wir verspürten Anspannung und Beklommenheit, und obwohl es Winter war, fühlte ich mich verschwitzt, wie in feuchtheiße Tücher gehüllt. Erleichterung kam erst beim Passieren der Grenze zu Österreich auf, wir waren wie erlöst.

Die Ängste, die sich mit dieser nächtlichen Fahrt durch einen Teil Deutschlands verbanden, kamen natürlich nicht von ungefähr. Ihnen lagen Bilder und deren Eindrücke zugrunde, Geschehenes und Gehörtes, das in uns weiterwirkte, damals aber waren wir zu unwissend, um die Inkonsequenz und das Irrationale unseres Verhaltens zu begreifen. [...]

Avi Primor, „... mit Ausnahme Deutschlands“. Als Botschafter Israels in Bonn, Ullstein Verlag, Berlin 1997, S. 27
Neu erschienen: Avi Primor: Nichts ist jemals vollendet. Die Autobiografie, Köln: Quadriga Verlag 2015, 448 S.



Bundesregierung, B 145, Bild-00009354, Fotograf: Benno Wundschammer

Vorboten der Entspannung: Im März 1960 erörtern in New York Ministerpräsident Ben Gurion und Bundeskanzler Adenauer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

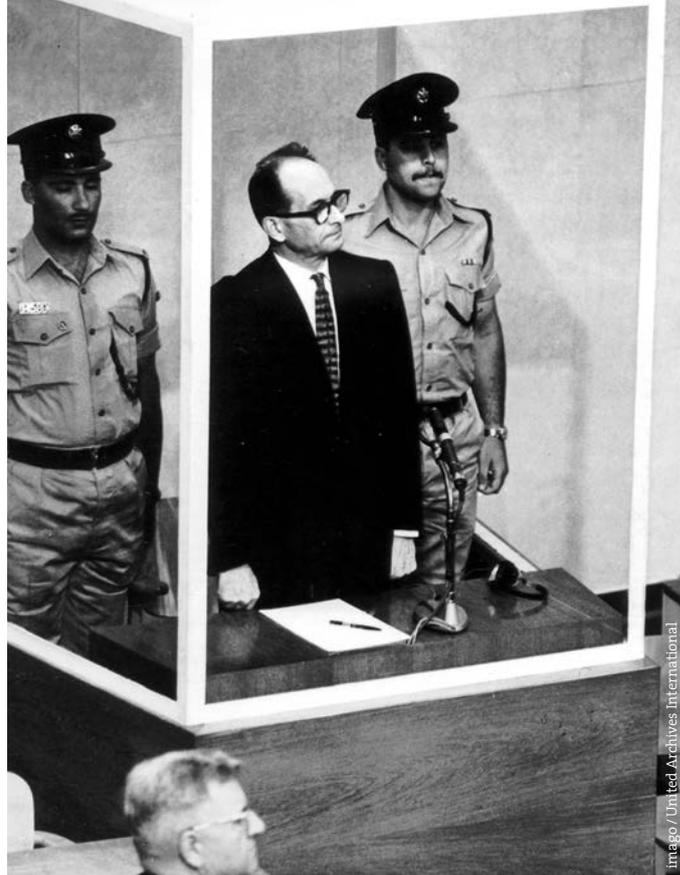


image / United Archives International

Stolperstein: Der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1960/61 wühlt in beiden Gesellschaften alte Wunden auf.

Doch die westdeutsche Bundesrepublik beanspruchte gegenüber der DDR einen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland – die sogenannte Hallstein-Doktrin ließ ab 1955 eine Aufnahme offizieller Beziehungen zu Israel als unvereinbar mit den deutschlandpolitischen Interessen der Bundesrepublik erscheinen. Die arabischen Staaten drohten, bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel das traditionell gute Verhältnis zu Westdeutschland einzufrieren und die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Ungeachtet dessen forderte Ben Gurion am 27. Juni 1957 die Bundesregierung erstmals öffentlich auf, „normale diplomatische Beziehungen“ zu Israel aufzunehmen.

Um einen Ausweg aus ihrem Dilemma zu finden, nahmen Bonn und Jerusalem Ende 1957 geheime Verhandlungen über eine militärische Zusammenarbeit auf. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß und Staatssekretär Shimon Peres trafen mündliche Absprachen über gegenseitige Rüstungslieferungen. „Panzer statt Diplomaten“ war die unausgesprochene Parole: Politische Interessen und moralische Überzeugungen schienen für die nächsten Jahre zum Nutzen beider Staaten ausbalanciert worden zu sein.

Als sich am 14. März 1960 in New York Ben Gurion und Adenauer das erste Mal begegneten, widersetzte sich der deutsche Kanzler erneut dem israelischen Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Zugleich bezifferten beide Politiker den Umfang der deutschen Waffenlieferungen auf 200 Millionen DM. Außerdem stellte Adenauer eine zehnjährige deutsche Anleihe in Höhe von jährlich 50 Millionen US-Dollar in Aussicht, vor allem zwecks wirtschaftlicher und infrastruktureller Erschließung der Negev-Wüste.

Gleichwohl blieben diese Vorboten der Entspannung nicht ohne Krisen: Der Jerusalemer Prozess gegen Adolf Eichmann, den Leiter des „Judenreferats“ im NS-Reichssicherheitshauptamt, führte 1960/61 der Weltöffentlichkeit das Ausmaß der deutschen Schuld vor Augen. Er dokumentierte auch die Unzulänglichkeit der deutschen Bemühungen, NS-Täter vor Gericht zu stellen. Auf der anderen Seite wurde in Deutschland die sys-

tematische Ermordung der Juden erstmals breit in den Medien thematisiert. So paradox es klingen mag: Der Eichmann-Prozess hat Deutsche und Israelis einander nähergebracht.

1960 setzte in der Bundesrepublik eine endlos anmutende Debatte um die drohende juristische Verjährung von NS-Verbrechen ein, die in der israelischen Öffentlichkeit als Zeichen einer stillschweigenden Rehabilitierung nazistischer Umtriebe gedeutet wurde. Erst 1979 hob der Deutsche Bundestag die Verjährbarkeit von Mord endgültig auf und ermöglichte damit eine weitere Verfolgung von NS-Verbrechen – sofern die Täter noch lebten.

1962 wurde bekannt, dass eine Reihe hochkarätiger deutscher Techniker an der Entwicklung eines ägyptischen Raketenprogramms beteiligt war. Diese Nachricht schreckte Israels Öffentlichkeit, aber auch Teile der bundesdeutschen Gesellschaft in doppelter Hinsicht auf – erstens, weil bundesdeutsche Behörden die „private“ Tätigkeit der deutschen Experten geduldet hatten, zweitens, weil damit die Sicherheit Israels bedroht wurde. Die Jerusalemer Regierung forderte Bonn zur Rückführung jener schon dem NS-Regime dienstbar gewesenen Wissenschaftler auf. Doch die Bundesregierung beschränkte sich 1964 auf Worte des Bedauerns und stellte materielle Anreize zur Abwerbung der Raketenspezialisten in Aussicht. Gleichwohl nahm hierzulande die Kritik an der als halbherzig gewerteten Aufarbeitung der Vergangenheit zu; die Weigerung, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, begriffen viele Deutsche zusehends als Skandal.

Ende der Doppelstrategie

Die Hallstein-Doktrin hatte bewirkt, dass die arabischen Staaten die diplomatische Anerkennung der DDR hinauszögerten, solange sie sicher sein konnten, dass die Bonner Regierung keine offiziellen Beziehungen zu Israel unterhielt. Diesen Zusammenhang mochte ein wachsender Teil der westdeutschen Öffentlichkeit nicht länger hinnehmen: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) startete im Oktober 1964 eine Un-

DDR und Israel – ein Nichtverhältnis?

Beeinflusst von Stalins „Säuberungswellen“ in der Sowjetunion begann auch die SED-Führung Anfang der 1950er-Jahre damit, Schau- und Geheimprozesse gegen innerparteiliche Gegner zu führen. Die Verfolgungen richteten sich gegen vermeintliche „zionistische Agenten“ in Diensten des „US-Imperialismus“ und „jüdischer Kapitalisten“. In Wahrheit brauchte die DDR-Regierung Sündenböcke für die gesellschaftlichen Missstände in Ostdeutschland. Der Höhepunkt der Kampagne richtete sich gegen das Politbüro-Mitglied Paul Merker, dessen einziges „Vergehen“ darin bestanden hatte, sich frühzeitig für eine kollektive Entschädigung der Juden einzusetzen. Merker wurde 1950 aus dem Politbüro ausgeschlossen und 1952 verhaftet, weil er die „Verschiebung deutschen Volksvermögens“ an „jüdische Kapitalisten“ geplant habe. Erst im Zuge der Entstalinisierung von 1956 verbesserte sich die Situation wieder.

Doch noch jahrzehntelang betrachteten die Funktionäre des SED-Regimes den jüdischen Staat als den Gegner aller „progressiven“ Kreise – als ein Land, das von der „kleinbürgerlichen Ideologie“ des Zionismus beherrscht werde und trotz „formaldemokratischer“ Verhältnisse die „Speerspitze des imperialistischen Lagers“ bilde. Entschädigungszahlungen an Israel lehnten die DDR-Regierungen ab: „Wahre“ Wiedergutmachung, so hieß es, habe die DDR mit der Errichtung eines „antifaschistischen Arbeiter-und-Bauern-Staates“ geleistet; die neuen gesellschaftlichen Strukturen in der DDR hätten zur „Ausrottung von Faschismus und Revanchismus“ geführt.

Vor dem Hintergrund dieses Weltbildes zeigte auch die israelische Seite kein Interesse, offizielle Kontakte zum ostdeutschen Staat aufzunehmen: Achselzuckend mussten die Israelis zur Kenntnis nehmen, dass die DDR als Teil des realsozialistischen Lagers einseitig Partei für die arabisch-palästinensische Seite ergriff. Doch wurde auch registriert, dass die DDR ihren

verbliebenen Spielraum nicht zur verbalen Mäßigung nutzte; vielmehr verlieh sie ihrer antiisraelischen Agitation eine besondere Schärfe und unterstützte die PLO über viele Jahre politisch, materiell und personell – bis hin zur Durchführung von Trainingsprogrammen für palästinensische Kämpfer.

Andererseits nahm die DDR die Existenz Israels stillschweigend hin. Davon zeugen Kontakte und wechselseitige Parteitagebesuche zwischen der SED und ihrer kommunistischen „Bruderpartei“ in Israel. 1984 nahm eine SED-Delegation während einer Israelreise sogar Gespräche mit linkszionistischen Vertretern auf. Kurioserweise unterhielten beide Länder zwischen 1949 und 1990 kontinuierlich Handelsbeziehungen – selbst in den konflikträchtigen Jahren. Diese Kontakte bewegten sich abseits offizieller Vereinbarungen und auf sehr niedrigem Niveau – selten überschritt der jährliche Gesamtwert der Handelsgüter mehr als eine Million US-Dollar.

Spätestens mit der Maueröffnung im November 1989 war in der DDR der Weg frei für eine kritische Aufarbeitung ihrer Israel-Feindschaft: Die frei gewählte Volkskammer bekannte im April 1990 die „Mitverantwortung“ der Deutschen in der DDR für „Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder“ und bekundete die Absicht, zur „gerechten Entschädigung materieller Verluste“ beitragen zu wollen. Im politischen „Schuldbekennnis“ heißt es: „Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land.“ Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist es nicht mehr gekommen – mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Oktober 1990 war eine derartige Maßnahme selbst in symbolischer Form nicht mehr möglich.

terschriften-Kampagne für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Als kurz darauf die deutschen Waffenlieferungen an Israel aufgedeckt wurden, empörten sich auch andere zivilgesellschaftliche Initiativen über die ihrer Ansicht nach unwürdige Kompensation für die diplomatische Missachtung des jüdischen Staates.

Auch der ägyptische Staatspräsident Gamal Abdel Nasser reagierte auf die deutsche Militärhilfe für Israel und empfing im Februar 1965 den DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zu einem Staatsbesuch in Kairo. Spätestens jetzt war der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch auf dem diplomatischen Parkett nicht mehr haltbar. Die Bundesregierung sah sich zum Einlenken und zur Aufgabe ihrer Rechtsposition gezwungen. Damit war der Weg für eine diplomatische „Normalisierung“ frei. Am 12. Mai 1965 vereinbarten Bundeskanzler Ludwig Erhard und Ministerpräsident Levi Eshkol den Austausch von Botschaftern. Zehn von 13 arabischen Staaten brachen vorübergehend ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab, wagten es aber noch nicht, die DDR anzuerkennen.

Israel berief den in Wien geborenen Diplomaten Asher Ben-Nathan zu seinem ersten Botschafter in Deutschland; die Bundesrepublik entsandte den Karrierediplomaten Rolf Pauls nach Israel. Trotz anfänglich heftiger Proteste links- und rechtsgerichteter Israelis gegen einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier als deutschen Botschafter entwickelten sich die deutsch-israelischen Beziehungen bald in bemerkenswerter Weise.



Ende des Alleinvertretungsanspruchs: Im Februar 1965 ist der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht auf Einladung von Staatspräsident Gamal Abdel Nasser in Ägypten. Begeisterter Empfang in Assuan



Aufbauhilfe: Zu den Lieferungen des Luxemburger Abkommens gehörten auch deutsche Schnelltriebwagen von Siemens. Plakat der israelischen Bahn

Wirtschaftskontakte im Aufwind

Nach Abschluss des sogenannten Wiedergutmachungsabkommens, das 1953 in Kraft trat, begann die Bundesrepublik, Israel mit Produkten und Waren zu beliefern. Neben der Bezahlung britischer Rohöllieferungen umfassten die deutschen Warenlieferungen unter anderem Stahl und Eisen, Erzeugnisse der stahlverarbeitenden und chemischen Industrie sowie landwirtschaftliche Produkte. Der Vertrag war auch aus israelischer Sicht von existenzieller Bedeutung für das israelische „Wirtschaftswunder“: „Ich weiß nicht, was in manchen kritischen Augenblicken Israel wirtschaftlich gedroht hätte, wenn nicht die deutschen Lieferungen gewesen wären. Eisenbahnen und Telefone, Hafenanlagen und Bewässerungsanlagen, ganze Zweige der Industrie und Landwirtschaft wären auch heute ohne die deutschen Reparationen nicht in dem Stand, in dem sie sind. Und Hunderttausende jüdischer Opfer des Nazismus haben in diesen Jahren aufgrund des Entschädigungsgesetzes erhebliche Beträge erhalten.“ (Nahum Goldmann: Mein Leben als deutscher Jude, München 1980, S. 409)

In den ersten Jahren nach dem Abkommen umfassten die deutschen Entschädigungslieferungen ein Drittel der israelischen Gesamteinfuhren; zwischen 1953 und 1965 stieg der Anteil des deutschen Kapitalexports am Gesamtkapitalimport des devisenarmen Israels von 21 auf 49 Prozent. Erst 1973 lösten die USA Westdeutschland als Spitzenreiter ab.

Für die Bundesrepublik trug das Abkommen binnen weniger Jahre nicht nur zur internationalen Rehabilitierung Westdeutschlands bei – es unterstützte eine Exportoffensive, die weit über unmittelbare Rückkopplungseffekte aus den Lieferungen an Israel hinausging. Da die US-amerikanische Wirtschaftshilfe (Marshall-Plan) die westdeutsche Wirtschaft mit neuem Schwung versah, konnte die Bundesrepublik ihre Verpflichtungen 1965 früher als ursprünglich geplant erfüllen.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen veränderten sich die Wirtschaftsbeziehungen nicht grundsätzlich, begannen sich aber institutionell zu verstetigen. Allmählich stellte sich ein ausgewogenes Geber-/Empfänger-Verhältnis ein. Seit 1981 muss Israel mehr geliehene Gelder an die Bundesrepublik zurückzahlen, als es von dort als Darlehen erhält.

Die 1967 in Tel Aviv erfolgte Gründung der „Israelisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer“ zeigt, dass gerade in den Wirtschaftsbeziehungen schon bald Elemente der Normalität Eingang fanden. Ziel der Handelskammer war und ist es, das chronische Handelsbilanzdefizit Israels abzubauen. Israelischen Unternehmen sollen die Chancen des deutschen Absatzmarktes eröffnet, deutschen Unternehmen im Gegenzug der Einstieg in den israelischen Markt erleichtert werden. Etwa zeitgleich gründete sich in München die „Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung“.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vertiefte im Nachgang zur Aufnahme offizieller Beziehungen seine Verbindungen zu jener israelischen „Wirtschaftsdemokratie“, die bis in die späten 1970er-Jahre maßgeblich von der Gewerkschaftsbewegung „Histadruth“ geprägt war. Gewerkschaftliche Israel-Solidarität drückte sich in der Gründung von Tochtergesellschaften und Beteiligungen an israelischen Investitionsprojekten aus.

Während sich schon 1953 etwa 4000 westdeutsche Firmen um die Umsetzung lukrativer Lieferaufträge an Israel beworben hatten, zeigten deutsche Investoren zunächst wenig Bereitschaft, sich in Israel zu engagieren. Führende Ökonomen (wie Ex-Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und Hermann Josef Abs, Direktor der Deutschen Bank) warnten vor den finanzwirtschaftlichen Folgen der verabredeten Transferleistungen nach Israel und empfahlen stattdessen Investitionen in den arabischen Staaten.

Einen Rückschlag erlitten die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen 1964, als israelischen Unternehmen wegen der labilen deutsch-arabischen Beziehungen die Teilnahme an der Berliner Industrieausstellung verwehrt wurde. 1965 erfuhr die Öffentlichkeit von der Weigerung der beiden Elektrokonzerne Telefunken und Siemens, israelische Niederlassungen einzurichten oder sich an direkten Lieferungen nach Israel zu beteiligen – Ergebnis einer unter arabischem Druck zustande gekommenen Firmenpolitik. Die Bundesregierung wagte es in jenen Jahren nicht, gegen Boykott-Praktiken dieser Art Einspruch zu erheben. Auch nach 1967 versuchte ein in Beirut ansässiges „Boycottbüro“ der Arabischen Liga, deutsche Firmen von Geschäftskontakten bzw. Lieferungen an israelische Partner abzuhalten; seine Methoden reichten von der Vermittlung lukrativer Alternativgeschäfte im arabischen Raum bis hin zu unverhohlenen Drohgesten. Obwohl Israel seit 1970 der größte Handelspartner Deutschlands im Nahen Osten ist, brachen erst in den 1990er-Jahren ideologisch motivierte Handels- und Investitionsbarrieren zusammen.

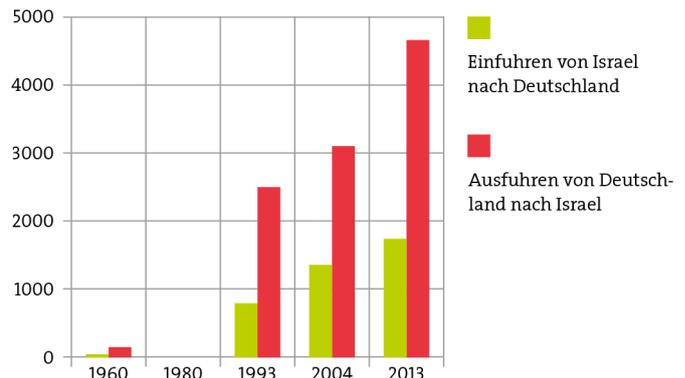
Israel ist längst nicht mehr nur das Land der Orangen und Avocados; weniger als sieben Prozent der israelischen Exporte bestehen noch aus Agrarprodukten. Mit seiner wissensbasierten Hightechindustrie und zahllosen Start-ups im „Silikon Wadi“ rund um Tel Aviv und Jerusalem ist das Land ein wirtschaftliches Zentrum mit weltweiter Ausstrahlung. Zu Beginn der 1990er-Jahre exportierte Israel noch Zitrusfrüchte und Software-Produkte in Höhe von jeweils 300 Millionen US-Dollar; der Exportwert von Zitrusfrüchten stagniert seitdem, während der Software-Export 2013 auf über fünf Milliarden US-Dollar kletterte. Das Computer-Unternehmen „Apple“ eröffnete 2011 im israelischen Herzliya seinen ersten Forschungsstandort außerhalb Kaliforniens; auch Samsung, Google und Microsoft haben in Israel Niederlassungen gegründet. Trotz der globalen Finanzkrise ist Israel im Hightechbereich an führender Stelle präsent. Als weltweit einziger Staat verfügt es über ein Freihandelsabkommen sowohl

mit der Europäischen Union als auch mit den USA, aber auch mit zahlreichen weiteren Ländern.

Deutschland ist nach den USA und China wichtigster Handelspartner Israels. Im Rahmen eines staatlich geförderten Nahost-Regionalfonds investieren deutsche Firmen seit 1993 auch in Wirtschaftsprojekte, an denen israelische und palästinensische Partner beteiligt sind. Die Volkswagen AG investierte mehr als 250 Millionen US-Dollar in ein Jointventure mit der israelischen Firma „Dead Sea Works“, um Magnesium zu gewinnen, das als Werkstoff für neue industrielle Anwendungen dient. Siemens investierte bis 2014 in Israel mehr als 900 Millionen Euro und ist an 55 Unternehmen und Start-ups beteiligt. Auch andere deutsche Unternehmen von Weltrang wie Henkel oder das Software-Unternehmen SAP sind in Israel mit beträchtlichen Direktinvestitionen aktiv. Allein die 1998 gegründete SAP-Tochterfirma „SAP Labs Israel“ beschäftigt heute mehr als 1000 Mitarbeiter.

Exporte und Importe

in Millionen US-Dollar



Quellen: Länderprofil Israel; Länderreport Israel, Wirtschaftsdaten kompakt Israel; Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung

Waffen für Israel?

Die Bundesrepublik hat sich die Verpflichtung auferlegt, keine Waffen in „Spannungsgebiete“ zu entsenden. Dennoch hat es von Anbeginn Ausnahmen von der Regel gegeben: Das erste Mal, von 1957 bis 1964, lieferte die Bundesrepublik unter strenger Geheimhaltung Rüstungsgüter nach Israel, um sich im Gegenzug der Aufnahme offizieller Beziehungen zum jüdischen Staat entziehen zu können. Als die Medien am Ende die Vereinbarungen aufdeckten, wurden die Lieferungen eingestellt.

Doch hat es in den Folgejahren immer wieder deutsch-israelische Rüstungskoperationen gegeben. Trotz mancherlei Bedenken Einzelner waren die Mitglieder des Bundessicherheitsrates, zuständig für die Ausfuhrgenehmigung von Rüstungsgütern, in zahlreichen Fällen damit einverstanden, Israel das zu geben, „was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder, 2002). Eine präzise Auflistung aller bis heute durchgeführten Rüstungslieferungen in den Nahen Osten, darunter auch an Länder wie Syrien, Ägypten, Libyen, Bahrain, Jemen und Saudi-Arabien, lässt sich nur schwer vornehmen.

Die meisten Waffen nach Israel und in den Nahen Osten lieferte Deutschland in den frühen 1990er-Jahren: Nach jahrelangen innenpolitischen Rüstungskontrolldebatten genehmigte der Bundessicherheitsrat 1989 die Lieferung von 100 Luftabwehrpanzern an Saudi-Arabien und zwei U-Booten an Israel. 1991 wurde bekannt, dass deutsche Firmen den Irak bei der Produktion von Giftgas unterstützt hatten und mithilfe deutscher Techniker die Reichweite der irakischen Scud-Raketen, die im Großraum Tel Aviv einschlugen, verlängert worden war. Daraufhin erklärte sich die Bundesregierung bereit, Raketenabwehrwaffen und Gasmasken an Israel zu liefern. Außerdem bewilligten die Mitglieder des Bundestages kurz danach eine Waffenhilfe in Höhe von mehr als einer Milliarde DM – zum Kauf von zwei U-Booten, Spürpanzern und Hubschraubern. Erst 2000 kam heraus, dass die Bundesregierung 1991 auch Saudi-Arabien mit 36 Spürpanzern bedacht hatte. Anfang der 1990er-Jahre verschob der Bundesnachrichtendienst zudem Panzer aus Beständen der ehemaligen DDR-Armee an den israelischen Geheimdienst „Mossad“. Als der Handel bekannt wurde, musste der verantwortliche Staatssekretär im Bundeskanzleramt zurücktreten.

Seitdem der nahöstliche Friedensprozess auf Eis liegt, geht die Bundesregierung mit der Lieferung von Rüstungsgütern an Israel zurückhaltender um: 2002 und 2004 hieß es gleichlautend, die

Bundesregierung wolle die geplante Lieferung von 100 gepanzerten Truppenfahrzeugen aus den USA an Israel „aller Wahrscheinlichkeit nach“ blockieren. Verteidigungsexperten befürchteten, die Fahrzeuge könnten auch in den palästinensischen Gebieten eingesetzt werden. Während des Israel-Besuchs von Bundespräsident Horst Köhler im Februar 2005 erneuerten die Israelis ihre Wünsche nach den leicht bewaffneten Truppenfahrzeugen, die sich zum Aufspüren von Minen eignen – und baten zusätzlich um die Lieferung zweier weiterer U-Boote. 2006 lieferte Deutschland an Israel ein Testexemplar des Allschutztransportfahrzeugs Dingo 2, das Schutz gegen Minen und Handfeuerwaffen bietet.

Zwischen 2005 und 2012 einigten sich Deutschland und Israel auf den teilsubventionierten Verkauf von sechs modernisierten U-Booten des Typs Dolphin; wegen ihrer potenziellen Zweitschlag-Abschreckungskapazität stellen sie eine Art schwimmende Lebensversicherung dar. Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass Israel diese U-Boote zur vorbeugenden Prävention gegen einen iranischen Atomangriff mit atomar bestückten Marschflugkörpern nachrüstet. Die ersten vier U-Boote wurden bis 2014 ausgeliefert; 2015 und 2017 sollen die letzten beiden Exemplare folgen. Ende 2013 wurde mit Israel die Lieferung deutscher Raketen-Schnellboote für die Sicherung seiner neu entdeckten Gasfelder im Mittelmeer vereinbart.



Waffen aus Deutschland: Anlieferung des vierten U-Bootes aus deutscher Produktion in einer Marinebasis im Norden Haifas im September 2014

Wissenschaft und Forschung: mehr Sein als Schein

Neben den wirtschaftlichen Kooperationen sind seit 1959 allerlei wissenschaftliche Kontakte entstanden und zahlreiche Projekte ins Leben gerufen worden: 1964 gründete die Bundesregierung die „Minerva-Stiftung“, eine Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft, die auch für die Zusammenarbeit mit Israel zuständig ist. Mit den Zinsen aus dem Stiftungskapital werden für jedes Projekt bis zu drei Millionen Euro bereitgestellt, wozu die beteiligte israelische Hochschule noch einmal die gleiche Summe beitragen muss. Bis 2010 förderte das Bundesforschungsministerium Forschungsaufenthalte von circa 2000 israelischen und deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im jeweiligen Partnerland. In 30 israelischen Minerva-Zentren sind bis 2014 etwa 4000 bilaterale Projekte der Spitzenforschung und 2000 Doktorandinnen und Doktoranden mit Stipendien gefördert worden.

Das deutsche und das israelische Forschungsministerium unterhalten weitere wissenschaftliche Fachprogramme, etwa zu Biotechnologien sowie zu den Umwelt-, Gesundheits- und Materialwissenschaften. Um auch die Breitenforschung zu fördern, gründeten 1986 beide Ministerien mit anteilig je 77 Millionen Euro die Stiftung „*German Israeli Foundation for Scientific Research and Development*“. Bis 2014 haben beide Seiten ihr Stiftungskapital auf 211 Millionen Euro erweitert und bislang über 1000 bilaterale Projekte gefördert.

Insgesamt haben staatliche und private deutsche Einrichtungen für deutsch-israelische Forschungsprojekte in den letzten 50 Jahren ein Fördervolumen in Höhe von etwa 700 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Israel ist für deutsche Forscherinnen und Forscher zu einem der wichtigsten Partnerländer geworden.

Längst engagieren sich israelische Unternehmen auch in Deutschland – sie sind an mehr als 100 deutschen Unternehmen beteiligt. Nicht mehr aus dem hiesigen Gesundheitssystem wegzudenken sind zum Beispiel medizintechnische und pharmazeutische Produkte aus Israel. Das Volumen israelischer Investitionen in Deutschland übertrifft den Umfang deutscher Investitionen in Israel inzwischen um ein Mehrfaches. So erwarb beispielsweise Israels Generika-Riese TEVA 2010 für knapp vier Milliarden Euro das deutsche Ratiopharm-Unternehmen; 2012 übernahm der israelische Unterwäsche-Produzent Delta Galil das deutsche Traditionsunternehmen Schiesser.

Die Zweite Intifada (gewaltsamer Aufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung 2000 bis 2005) hat das wirtschaftliche Wachstum in Israel und auch die deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen jahrelang beeinträchtigt. Doch seit 2004 ist es Israel gelungen, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich wieder neu Tritt zu fassen – auch ein „Erfolg“ der umstrittenen Sperranlage, die heute weite Teile Israels und der palästinensischen Gebiete voneinander trennt. Trotz der politischen Spannungen zwischen Israel und Palästinensern haben sich die wirtschaftlichen Koordinaten in Israel besser entwickelt als in den meisten anderen Regionen der Welt.

Im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt mehren sich in Deutschland jene Stimmen, die die Verantwortung für ausbleibende Verhandlungsfortschritte einseitig der israelischen Seite anlasten. Radikal antiisraelische Initiativen fordern einen umfassenden wirtschaftlichen und kulturellen

Boycott des jüdischen Staates. Moderater klingen jene Stimmen, die „nur“ die Kennzeichnung von Produkten fordern, die in jüdischen Siedlungen des Westjordanlandes hergestellt worden sind. Übersehen wird dabei, dass israelische Hightech-Unternehmen grenzüberschreitend mit palästinensischen Firmen zusammenarbeiten, sodass eine eindeutige „Kennzeichnung“ gar nicht möglich wäre. Zudem arbeiten in den jüdischen Siedlungen 30 000 Palästinenser, die dort mehr verdienen als anderswo in den palästinensischen Gebieten und von einem Boykott ihrer Arbeitgeber hart betroffen wären. Nicht nur israelische Kritiker werfen den Boykotteuren vor, mit zweierlei Maß zu messen, solange es keine vergleichbaren Boykottinitiativen gegen andere Besatzungsländer gibt. Einige Beobachter fragen auch, warum nur jüdische Siedlungen ein Friedenshindernis darstellen sollen, nicht aber die palästinensische Weigerung, Israel als jüdisch geprägten Staat anzuerkennen – sie sehen in diesem Widerspruch ein Indiz für das Fortbestehen antisemitischer Ressentiments. Ob die Sanktions- und Boykott-Rhetorik die deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig beeinträchtigen kann, ist allerdings zweifelhaft, denn die umstrittenen Siedlungen erbringen lediglich zwei Prozent des israelischen Bruttosozialprodukts.

Beziehungen in der Bewährung

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 50 Jahren gab den Anstoß zur Gründung der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“. Im März 1966 wurde auf parlamentarischer Ebene die Einrichtung der überparteilichen Freundschaftsgesellschaft besiegelt; fünf Jahre später (1971) entstand die „Israelisch-Deutsche Gesellschaft“. Zugleich nahm der schon länger bestehende deutsch-israelische Jugendaustausch einen bemerkenswerten Aufschwung. Das Interesse am „fortschrittlichen Pionierstaat“ Israel erfasste nun breite bürgerliche Kreise.

Die proisraelische Aufbruchsstimmung erreichte im Sechstagekrieg von 1967 einen Höhepunkt, als sich Israel der Drohungen der arabischen Anrainerstaaten mit einem Präventivschlag erwehrte. Weil Israels Existenz akut gefährdet war, sympathisierten weite Teile der bundesdeutschen Gesellschaft mit dem jüdischen Staat. Es kam zu spontanen proisraelischen Demonstrationen und Spendensammlungen. Demonstrativ stellten sich insbesondere die Zeitungen des Axel-Springer-Verlags an die Seite Israels. Auch Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein meldete sich zu Wort: „Die arabischen Gegner wollten ihm [Israel] nicht ein Stück Land oder eine Konzession fortnehmen. Sie hatten es auf seine Existenz abgesehen. [...] Soll Israel weiter in der Angst vor einem Überfall leben müssen, weiter unter dem Zwang, ständig zum Präventivkrieg gerüstet zu sein? [...] Israel, der David unter den Völkern, soll leben!“ Diese Solidaritätsbekundungen wurden auch von den israelischen Medien positiv kommentiert.

Krisen und Konflikte

Die deutsch-israelische Annäherung sollte nicht lange währen: Während große Teile der radikalen Linken schon kurz nach den israelischen Kriegserfolgen die Seiten wechselten und den jüdischen Staat nur noch als „Brückenkopf des US-Imperialismus“ wahrnehmen wollten, zogen dunkle Wolken bald auch über die offiziellen Beziehungen herauf.

Der PLO (Dachorganisation verschiedener palästinensischer Gruppen – Anm. d. Red.) gelang es Ende der 1960er-Jahre, das

Interesse der Weltöffentlichkeit mithilfe gezielter Terroranschläge und Flugzeugentführungen auf die Lage der Palästinenser zu lenken. 1972 wurde auch die Bundesrepublik vom Terror heimgesucht: Palästinensische Kämpfer des „Schwarzen September“, einer Untergruppe der PLO, ermordeten während der Olympischen Sommerspiele in München elf israelische Sportler. Als kurz darauf eine Lufthansa-Maschine in die Hände palästinensischer Entführer geriet, ließ die Bundesregierung im Gegenzug zur Freilassung der Passagiere die drei überlebenden Terroristen von München frei. Die israelische Politik und Öffentlichkeit waren schockiert über das „leichtfertige“ Nachgeben der deutschen Regierung.

Willy Brandt, der im Juni 1973 als erster amtierender Bundeskanzler nach Israel gereist war, brachte das deutsch-israe-

liche Verhältnis auf die diplomatisch offene Formel: „normale Beziehungen mit besonderem Charakter“. Doch die Stimmung verschlechterte sich, als im Zuge des Jom Kippur-Krieges im Oktober 1973 die arabischen Staaten ihr Erdöl als politisches Mittel gegen die energieabhängige westliche Welt einsetzten. Unter der Wucht der „Öl-Waffe“ untersagte die Bundesregierung den USA, Waffen aus US-Depots in Westdeutschland an das bedrängte Israel zu liefern. Dies geschah zwar erst gut zwei Wochen nach Kriegsbeginn, als der Krieg bereits entschieden war; dennoch erfolgten heftige israelische und US-amerikanische Proteste.

In den Folgejahren geriet die Position Westdeutschlands angesichts der zunehmend proarabisch eingestellten europäischen Staatengemeinschaft ins Schlingern: Während die



Breite Unterstützung: In München demonstrieren während des Sechstagekrieges 1967 Tausende für den Staat Israel.



Terroranschlag bei den Olympischen Spielen in München 1972: Gedenkstunde für die ermordeten israelischen Sportler im Olympiastadion am 6. September 1972



„Normale Beziehungen mit besonderem Charakter“: Willy Brandt am 10. Juni 1973 im Gespräch mit der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir

Bundesrepublik in den Gremien der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft um eine Israel zugewandte „Neutralität“ bemüht war, signalisierte der Handschlag des SPD-Vorsitzenden Brandt und des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky mit dem Palästinenserführer Jassir Arafat in Wien 1979 eine Neuorientierung. Immer drängender forderten jetzt politische Kreise, dass die deutsche Solidarität mit Israel auch eine moralische Mitverantwortung für die Palästinenser als den sekundären „Opfer(n) der deutschen Judenpolitik“ einschließen müsse.

Auf einen Tiefpunkt steuerte das deutsch-israelische Verhältnis im Frühjahr 1981 zu, als Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ministerpräsident Menachem Begin aneinandergerieten: Nach einer Saudi-Arabien-Reise hatte Schmidt auf eine Reihe europäischer Völker verwiesen, deren Leiden im Zweiten Weltkrieg bis heute eine moralische Last für die deutsche Außenpolitik darstellten, ohne auch die Leiden der Juden zu erwähnen. Zudem bescheinigte der Kanzler dem palästinensischen Volk einen „moralischen Anspruch auf Selbstbestimmung“, während er in Israel eine „Tragödie griechischen Ausmaßes“ heraufziehen sah. Die israelische Öffentlichkeit war entsetzt; Begin verwahrte sich gegen Schmidts „Arroganz“ und spielte auf dessen Rolle als Wehrmachtsoffizier im Zweiten Weltkrieg an, von dem man nicht wisse, „was er mit den Juden an der Ostfront getan“ habe.

Die Schmidt/Begin-Kontroverse führte dazu, dass sich viele Deutsche mit dem Kanzler solidarisierten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik stellte sich eine Mehrheit der Deutschen im Nahostkonflikt auf die arabisch-palästinensische Seite. Politische Beobachter führten den politischen Kern der persönlichen Fehde auf die umstrittenen Absichten Schmidts zurück, Panzer des Typs „Leopard II“ nach Saudi-Arabien zu liefern. Vor dem Hintergrund internationaler und innenpolitischer Proteste lehnte die Bundesregierung im Frühjahr 1982 allerdings die saudischen Lieferwünsche ab.

Im Sommer 1982 überschritt die israelische Armee die libanesische Grenze, um die PLO zu zerschlagen, die nach der Vertreibung aus Jordanien ihre militärischen und politischen Aktivitäten in den Libanon verlegt hatte und von dort aus Israel angriff. Der Krieg, der nach der wochenlangen Belagerung West-Beiruts mit dem Abzug der PLO-Führung nach Tunis endete, stieß weltweit, selbst in Israel, auf Unverständnis und Kritik. Insbesondere das von christlich-libanesischen Milizen verübte Massaker in zwei palästinensischen Flüchtlingslagern wurde vielfach der israelischen Seite angelastet. Auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit verlor der jüdische Staat viele Sympathien.

Die 1980er-Jahre setzten die deutsch-israelischen Beziehungen neuen Belastungsproben aus, als sowohl „rechte“ wie „linke“ Akteure eine Neigung zur Schlussstrich-Mentalität zeigten. Der Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl 1984 in Israel, der für sich die „Gnade der späten Geburt“ reklamiert hatte, erweckte den Eindruck, als ob sich die deutsche Politik von der Verantwortung für die Lasten der Vergangenheit verabschieden wolle. Für Befremden sorgten auch die Besuche von grünen Politikerinnen und Politikern, weil sie Israel in beherrschender Weise zu einer anderen Haltung im Nahostkonflikt aufforderten, ohne die besondere Geschichte und Sicherheitslage des Staates in Betracht zu ziehen. In heftigen Debatten stritten die Parteien darüber, wie ein historisch und moralisch angemessenes Auftreten in der schwierigen deutsch-jüdischen Gemengelage auszusehen hätte. Seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre bemühen sich deutsche Politikerinnen und

Politiker, aus vergangenen Fehlern zu lernen und als „Lernende“ in einen kritischen Dialog mit israelischen (und palästinensischen) Gesprächspartnern zu treten.

Der Fall der deutschen Mauer und der gesamtdeutsche Vereinigungsprozess 1989/90 lösten in Israel anfänglich nicht nur Freude, sondern auch Ängste aus: Die Welle fremdenfeindlicher Gewaltausbrüche, die insbesondere den Osten Deutschlands erschütterten, schien die Skepsis zu bestätigen. Während sich die israelische Bevölkerung eher gelassen zeigte, waren die politischen Eliten alarmiert und währten, so Ministerpräsident Jizhak Schamir, eine „tödliche Gefahr für die Juden“. Doch nach einigen vertrauensbildenden Maßnahmen – darunter die Anerkennung der polnischen Westgrenze und eine gemeinsame Israelreise der Parlamentspräsidentinnen Rita Süßmuth und Sabine Bergmann-Pohl – waren im Sommer 1990 die meisten Israelis bereit, inmitten eines freien Europas auch die Chancen eines vereinten Deutschlands wahrzunehmen.

Gleichwohl förderte der Golfkrieg im Januar 1991 zutage, wie labil das deutsch-israelische Verhältnis noch immer war: Als bekannt wurde, dass gegen Israel gerichtete, möglicherweise mit Giftgas ausgestattete, irakische Scud-Raketen mit deutscher Expertenhilfe „verbessert“ worden waren, stellte sich bei nicht wenigen Israelis die Gedankenverbindung „Deutsche – Gas – Juden“ ein. Aufmerksam wurde vermerkt, dass die deutsche Justiz erst aufgrund journalistischer Recherchen gegen die Verantwortlichen der illegalen Rüstungsexporte vorzugehen begann. Auch die Friedensdemonstrationen in Deutschland gegen das Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten in



Vertrauensbildende Maßnahme: die Parlamentspräsidentinnen des Bundestages, Rita Süßmuth (li.), bzw. der Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, mit Staatspräsident Chaim Herzog 1990 zu Besuch in Israel



Vermittlertätigkeit: Bei der Lösung des Nahostkonflikts ist auch Deutschland aktiv. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (li.) mit Israels Präsident Reuven Rivlin 2014

den Irak weckten Misstrauen. Aus israelischer Sicht übersah die deutsche Protestbewegung die Situation der Menschen in Israel, die von irakischen Raketen angegriffen wurden. Die israelische Verstimmung konnte auch nicht durch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher aus der Welt geschafft werden, der das Land noch während des Krieges besuchte, um deutsche Wiederaufbauhilfe für die durch die irakischen Raketen entstandenen Schäden anzubieten.

Rolle des Nahostkonflikts

Mit der Neugründung Israels 1948 hatte die zionistische Bewegung nach 2000 Jahren den nationalstaatlichen Traum des jüdischen Volkes verwirklicht – dies freilich in einer Region, die mit ähnlichem historischem Recht von der arabisch-palästinensischen Nation beansprucht wird. In der Wahrnehmung aller Beobachter, ja selbst der unmittelbar Beteiligten, drückte sich im Nahostkonflikt über viele Jahre ein erbitterter Gegensatz zwischen Israel und „den Arabern“ aus. In der Tat waren die Akteure der Nahostkriege von 1948/49, 1956, 1967 und 1973 stets Israel und arabische Staaten gewesen – die Palästina-Araber tauchten am Rande als „arabische Flüchtlinge“ auf; ihr Elend wurde als ein ausschließlich humanitäres begriffen.

Erst unter dem Eindruck palästinensischer Flugzeugentführungen und anderer Terroranschläge sowie im Zeichen des Einsatzes von Rohöl als politischer Waffe öffnete sich in den 1970er-Jahren die deutsche und internationale Öffentlichkeit für palästinensische Interessen.

Im Nachgang zu einem spektakulären Auftritt Arafats vor der UNO-Vollversammlung erklärte sich 1974 der deutsche UN-Botschafter Rüdiger von Wechmar mit dem „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes“ solidarisch – unter Hinweis auf das ebenfalls nicht eingelöste Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ost und West. Damit brach die bundesdeutsche Diplomatie ein bis dahin in der westlichen Welt geltendes Tabu: Konnten die Israelis bis zu diesem Zeitpunkt davon ausgehen, dass die westdeutsche Politik aufgrund ihres geschichtlich bedingten Sonderverhältnisses zum jüdischen Staat im Zweifelsfall der israelischen Seite zugeneigt blieb, so war diese Geschäftsgrundlage nun zugunsten einer formal ausgewogenen deutschen Nahostpolitik aufgegeben. Die nahostpolitische Neuorientierung verbitterte die Israelis umso mehr, als die PLO in jenen Jahren noch nicht zu einer Tolerierung der Existenz Israels bereit war.

In den 1980er-Jahren wurde deutlich, dass es aus dem Dilemma des deutsch-israelisch-palästinensischen Dreiecks kein Entkommen gab: Jede politisch-strategische Positionierung musste aus jeweils guten Gründen entweder die Israelis oder die Palästinenser verärgern. Hin- und hergerissen zwischen moralischen Verpflichtungen für die eine oder andere Seite sowie angetrieben von wirtschaftlichen und strategischen Interessen in der Nah- und Mittelost-Region vermied die christlich-liberale Regierung Helmut Kohls im Nahostkonflikt jede politische Festlegung. Dennoch konnte sie das Misstrauen der Israelis gegenüber den sozialliberalen Vorgängerregierungen einhegen. Unter dem Schuttschirm einer wichtiger werdenden europäischen Außenpolitik verlegte sich die deutsche Nahostpolitik fortan auf eine Gangart der leisen Töne.

Aus dem Dilemma ihrer Nahostpolitik konnte sich die Bundesrepublik erst nach der Wiedervereinigung und dem Ende des palästinensischen „Krieges der Steine“ (Erste Intifada 1987–93) befreien – durch den Osloer Friedensprozess, der 1993 erstmals zu Direktverhandlungen zwischen Israel und der PLO als der anerkannten Vertretung der Palästinenser führte. Diese Gespräche gerieten Ende der 1990er-Jahre immer mehr ins Stocken und wurden von blutigen Terroranschlägen und quasi-kriegerischen Auseinandersetzungen begleitet (Zweite Intifada 2000–2005). Auch verschiedene Friedensinitiativen wie etwa die jüngste von US-Außenminister John Kerry 2013/14 haben Hoffnungen auf eine Zweistaatenregelung nicht erfüllen können. Mit dem Aufstieg nahostpolitischer Akteure wie der islamistischen Hamas im Gazastreifen, der schiitischen Hisbollah im Libanon und dem nach Atomwaffen strebenden Iran ist eine Entschärfung des Nahostkonflikts noch komplizierter geworden, weil die genannten Akteure sich unter keinen Umständen mit Israels Existenz abfinden wollen. Seither versuchen alle Bundesregierungen, US-amerikanische oder ägyptische Vermittlungsmissionen zu flankieren.

Sicherheit in einer globalen Welt – Gemeinsamkeiten und Bruchlinien

Die Anschläge islamistischer Terroristen vom 11. September 2001 haben das Vertrauen in die Sicherheitsstrukturen der westlichen Welt erschüttert. Gleichwohl ist das Gefühl einer Bedrohungssituation, das Europäer, US-Amerikaner und Israelis anfänglich verbunden hatte, im Zuge der Kriege gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und gegen den Irak unter Saddam Hussein geschwunden.



Gegensätzliche Geschichtserfahrungen: Israel will nie wieder Opfer, Deutschland nie wieder Täter sein. Bundeskanzlerin Merkel mit Ministerpräsident Netanjahu im Jüdischen Museum in Berlin 2010

Während die Deutschen auch in Zeiten internationaler Sanktionen gegenüber dem Iran unter der Hand eine Politik des „kritischen Dialogs“ pflegen, sehen die meisten Israelis in den antiisraelischen Vernichtungsdrohungen des iranischen Regimes und in dessen Nuklearprogramm eine strategische Gefahr für ihre Existenz. Trotz der Charme-Offensive des iranischen Präsidenten Hassan Rohani drängt Israel zu politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Teheraner Regime, notfalls auch zu militärischen Schlägen gegen dessen Atomprogramm.

Europäer und darunter auch Deutsche sehen in islamistischen Terroranschlägen bisweilen eine Antwort auf politische Missstände und soziale Ungerechtigkeiten – die Folge von Verzweiflung, Armut und Unterdrückung. Sie glauben, wenn den Terroristen und ihren Milieus Hoffnung gegeben und ihre Lebenssituation verbessert werde, könne künftiger Terrorismus verhindert werden.

Demgegenüber führt die Mehrheit der Israelis den Terrorismus des 21. Jahrhunderts auf religiöse und nationalistische Ressentiments sowie auf kollektive Befindlichkeiten wie Fanatismus, Zerstörungswut und Verfolgungswahn zurück. Kompromissbereitschaft provoziere islamistische Kräfte nur zu noch mehr „Widerstand“. Insbesondere das iranische Regime und seine Statthalter in der nahöstlichen Region hintertrieben jede Aussicht auf eine friedliche Koexistenz der arabischen Welt mit Israel.

Hinter den unterschiedlichen Wahrnehmungen und Deutungsmustern stehen gegensätzliche Geschichtserfahrungen – sie haben ihre Wurzeln in der NS-Zeit: Viele Deutsche ziehen aus den Verbrechen ihrer Eltern oder Großeltern die universalistische Lehre: „Nie wieder Täter sein!“ Viele Juden (gerade auch

in Israel) ziehen aus der Schoah den umgekehrten partikularistischen Schluss: „*Le'olam lo od!*“ („Nie wieder!“, was bedeutet: Nie wieder hilfloses Opfer sein und zulassen, dass uns so etwas passiert.) Diese unterschiedlichen Haltungen wirken nach und erklären, warum sich Deutsche und Israelis in außen- und sicherheitspolitischen Fragen auseinanderentwickeln.

Rolle der Medien

Wirtschaftliche Aufbauleistungen, multikulturelle Herausforderungen sowie künstlerische und andere zivile Potenziale Israels spielen in der täglichen Berichterstattung deutscher Medien nur eine untergeordnete Rolle. So bleiben sportliche Ereignisse oder die enormen Integrationsleistungen zur Aufnahme zyklischer Einwanderungswellen weitgehend unbeachtet; selbst die weltweit registrierten Start-ups israelischer Hightechtüftler sowie nobelpreisverdächtige Erfindungen spielen im Bewusstsein vieler Deutscher nur eine Randrolle.

Israel weist im globalen Maßstab die höchste Korrespondentendichte auf; doch die Journalistinnen und Journalisten informieren die Menschen selten über die Vielfalt der israelischen Gesellschaft. Seit dem Sechstagekrieg von 1967 richtet sich ihr Interesse vornehmlich auf den Nahostkonflikt. Im Fokus der Berichterstattung stehen Siedlungsaktivitäten im Westjordanland und militärische Einsätze Israels im Gaza-Streifen. Sie sind als Nachrichten „zugkräftiger“, garantieren Schlagzeilen und hohe Einschaltquoten. Problematisch wird es, wenn Nahostkorrespondenten ihre Berichte weniger an Fakten als vielmehr an fragwürdigen Projektionen oder weltanschaulichen Überzeugungen ausrichten.

Als die israelische Armee 1982 in den Libanon einmarschierte, um die dortigen PLO-Einheiten zu entwandern und

aufzulösen, bezichtigten einige Journalisten Israel des „Völkermords“ an den Palästinensern und verglichen die israelischen Invasoren mit den Nazis. Das Ansehen Israels sank auf einen Tiefpunkt. Angesichts dieser Berichterstattung entbrannte in Teilen der Öffentlichkeit eine heftige Diskussion, inwieweit einseitige und überzogene Formen der Israelkritik antisemitische Tendenzen widerspiegeln, verstärken oder gar auslösen.

Dieses Szenario wiederholt sich seither regelmäßig – mit Folgen, die die deutsch-israelischen Beziehungen nicht unberührt lassen: Sobald der Nahostkonflikt gewaltsame Bilder produziert, vermischen manche Journalisten den politischen Konflikt im Nahen Osten mit antijüdischen Klischees. Sie tragen dazu bei, dass jahrzehntelange Bemühungen um Aufarbeitung von und Aufklärung über judenfeindliche Stereotype gefährdet werden.

Die Selbstmordanschläge palästinensischer Terroristen auf israelische Busse und Restaurants zwischen 2000 und 2004 sowie die nach dem Rückzug Israels 2005 aus dem Gazastreifen und der Machtübernahme durch die Hamas gestarteten Raketenangriffe werden hierzulande häufig mit palästinensischer Verzweiflung in Verbindung gebracht. Vor diesem Hintergrund werden als „Täter“ vor allem „die Israelis“ bezichtigt, deren Versuche, den Terror militärisch zu bekämpfen, auch Unschuldige treffen. Wann immer die israelische Armee gegen die Infrastruktur palästinensischer Raketenangriffe vorgeht, vermitteln Nachrichten und Kommentare Bilder eines angeblich „biblischen Krieges“: „Auge um Auge“, „Vergeltungsschläge“ und „alttestamentarische Racheaktionen“ – reflexhaft tauchen die alten Klischees des christlichen Antijudaismus wieder auf.

Nach einer Studie der Bielefelder Universität über „Antisemitische Mentalitäten“ ist mehr als die Hälfte aller Deutschen der Auffassung, „dass sich das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern grundsätzlich nicht von dem der Nazis im Dritten Reich gegenüber den Juden unterscheidet“. Mehr als ein Drittel der Befragten stimmt der Äußerung zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Offenkundig hat sich die traditionelle Judenfeindschaft mit antiisraelischen Ressentiments verbunden.

„Neigung zur Dramatisierung“

[...] Wie Medienanalysen zeigen, erschien im Zuge der Eskalation des Nahostkonflikts antiisraelische und zuweilen auch antisemitische Textpassagen selbst in großen deutschen Tageszeitungen. In abgeschwächter Form finden sich zahlreiche Belege für verschwörungstheoretische Argumentationen in Bezug auf Israels Pläne im Nahen Osten sowie Tendenzen, Israels Politik durch die Wortwahl, wie „Ghettoisierung“, „Deportation“, „Massenvertreibung“, „totaler Krieg“ oder „Vernichtungswut der Besatzungsmacht“ analog zur Judenpolitik des Nationalsozialismus zu setzen. In der öffentlichen Berichterstattung ist eine Neigung zur Dramatisierung unverkennbar, etwa in dem Vorwurf, die Juden würden nicht nur den Nahen Osten, sondern „die ganze Welt ins Unheil stürzen“, eine Variation des alten antisemitischen Satzes „Die Juden sind unser Unglück“. [...]

Werner Bergmann (Antisemitismus-Forscher), „Alter Hass in neuen Kleidern“, in: Der Tagesspiegel vom 23. Januar 2005, S. 8



Der erste offizielle Besuch einer israelischen Jugendgruppe im Münchner Rathaus 1967. Der Kulturreferent erläutert das Glockenspiel auf dem Marienplatz.



Eine von vielen Städtepartnerschaften: 2002 unterzeichnen die Bürgermeister von St. Augustin und Mewasseret Zion in der NRW-Stadt die Partnerschaftsurkunde. Im Hintergrund die Vorsitzenden des Freundeskreises Mewasseret Zion Sankt Augustin e. V.

Jugendaustausch

Die Anfänge des deutsch-israelischen Jugendaustauschs gehen auf die Jahre 1954/55 zurück. Mit ersten Besuchen junger Deutscher in Israel haben hieraus entstandene Austauschprogramme die Annäherung zwischen Deutschland und Israel gefördert. 1963 hielten sich bereits mehr als 200 Gruppen junger Deutscher in Israel auf. Doch erst 1969 wurde der Jugendaustausch institutionalisiert – Regierungsvertreter beider Seiten einigten sich auf jährlich stattfindende Austauschförderprogramme. Inzwischen unterhalten Hunderte deutscher Städte und Landkreise, Schulen und öffentliche Institutionen Begegnungsprojekte mit israelischen Partnern. Auf Initiative von Bundespräsident Johannes Rau wurde 2001 in der Lutherstadt Wittenberg das „Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch“ (ConAct) eingerichtet, das in enger Abstimmung mit der „Israel Youth Exchange Authority“ des israelischen Erziehungsministeriums den Jugendaustausch fördert und koordiniert. Bis heute haben mehr als 600 000 junge Menschen beider Länder im Rahmen von Jugend- und Schüleraustauschprogrammen oder Freiwil-

ligendiensten das jeweils andere Land besucht. Ungeachtet zeitweise schwankender Teilnehmerzahlen aufgrund des Auf und Ab im Nahostkonflikt werden gegenwärtig jährlich etwa 280 Programme in beiden Ländern mit circa 7500 Teilnehmenden gefördert. Dabei sind im außerschulischen Jugend- und Fachkräfteaustausch etwa 500 deutsche Trägerorganisationen involviert, ein Drittel davon aus den östlichen Bundesländern. Auf israelischer Seite haben sich rund 300 Partner beteiligt, darunter auch Träger aus dem arabischen Bevölkerungssektor. Angesichts krisenhafter Begleiterscheinungen in den deutsch-israelischen Beziehungen ist ein stabiler Jugendaustausch ein enormer Aktivposten. Deutsch-israelische Jugendbegegnungen sind Laboratorien der Zukunft – unerlässlich auch deshalb, um den gelegentlich beklagten Elitemodus in den beiderseitigen Beziehungen zu überwinden: zugunsten eines Partizipationsprojekts von Bürgerinnen und Bürgern aus allen Teilen der Gesellschaft.

Kulturelle, sportliche und touristische Begegnungen

Während in Israel schon Ende der 1960er-Jahre zahlreiche Werke deutscher Gegenwartsschriftsteller übersetzt worden sind, war in der deutschen Öffentlichkeit bis Mitte der 1980er-Jahre nur der Satiriker Ephraim Kishon bekannt. Seitdem Amos Oz 1992 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hat, boomt die israelische Literatur in Deutschland und setzt einseitigen Israelbildern differenziertes Wissen entgegen. Heute gibt es mehr ins Deutsche übersetzte hebräische Titel als in alle anderen Sprachen einschließlich des Englischen. Auch israelische (bzw. deutsche) Filmtage, Kunstausstellungen, Konzerte und Tanzevents sind aus dem Kulturleben beider Länder nicht mehr wegzudenken. Deutsche und israelische Initiativen sowie politische Stiftungen erfüllen die bilateralen Beziehungen auf vielfältige Weise mit Leben. Selbst in sensiblen Feldern wie der schulischen Bildung gibt es Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen. Zum zweiten Mal in der Beziehungsgeschichte untersucht seit 2010 eine paritätisch besetzte deutsch-israeli-

sche Schulbuchkommission das Bild des jeweils anderen in Schulbüchern.

Die sportlichen Annäherungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gehen auf die späten 1960er-Jahre zurück, als in der israelischen Öffentlichkeit der Eindruck eines neuen und geläuterten Deutschlands aufkeimte. Israel unterhielt schon in den 1970er-Jahren mit keinem anderen Land einen derart intensiven Jugendsportausaustausch wie mit Deutschland. Selbst der palästinensische Anschlag auf die israelische Nationalmannschaft während der Olympischen Spiele 1972 in München konnte den Sport als Brücke zwischen beiden Ländern nicht nachhaltig beschädigen. Freundschaftsspiele, gemeinsame Trainingslager auch auf kommunaler Ebene bis hin zu



Kulturelle Botschafter: der israelische Schriftsteller David Grossman auf der Frankfurter Buchmesse 2010 ...



... die israelische A-Capella-Gruppe The Voca People 2011 in der Kölner Philharmonie

„[...] zu gefährlich, nach Israel zu gehen?“

„Was? Du fährst nach Israel? Was willst du denn da?! Obwohl, na ja ...“ [...]. Jeder meinte, er oder sie wüsste genau, was sich in Israel abspielen würde. Die Nachrichtensender hätten sie zur Genüge informiert [...].

Was hatte diese Vorstellung mit der Realität gemeinsam? [...] Nun, es stimmt. Zum einen sieht man in Israel viele Soldaten auf der Straße. Doch sind diese Soldaten ganz normale Jugendliche, die sich nur durch einen Punkt von deutschen Jugendlichen unterscheiden: Sie geben zwei bis drei Jahre ihres Lebens zum Schutz ihres Vaterlandes. Doch setzt sich das Straßenbild Israels nicht nur aus Soldaten zusammen, sondern auch aus Menschen aller Art, jeglicher Überzeugung und unterschiedlicher Herkunft.

Obwohl ich, bevor ich nach Israel kam, noch nie ein echtes Gewehr gesehen hatte, hat mich deren Anblick nie schockiert. Auch hat es mich nie gestört, meinen Rucksack einem Wachmann vom Supermarkt oder vom Einkaufszentrum zeigen zu müssen, damit dieser sicherstellen konnte, dass ich nichts Gefährliches bei mir trug. [...] Es diente doch nur meiner eigenen Sicherheit. Zum anderen herrscht in Israel nicht permanent Krieg. Mal ist die Situation angespannter, mal weniger. Dennoch war mir der Nahostkonflikt in Deutschland durch die Medien stets viel präsenter als vor Ort, sodass ich mich immer sicher gefühlt habe. [...] Israel ist zwar sehr stark vom Konflikt geprägt, wird aber nicht vom Krieg beherrscht.

Henrietta, Teilnehmerin einer deutsch-israelischen Jugendbegegnung, in: Itay Lotem / Judith Seitz, *Israel – Nah im Osten*. Hg. von ConAct-Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, Lutherstadt Wittenberg 2011, S. 142

Als Israelin in Deutschland

In Berlin fühle ich mich abwechselnd als Ausländerin, Jüdin, Israelin. Nicht immer traue ich mich, in der U-Bahn ein Buch auf Hebräisch zu lesen. „Woher kommen Sie?“ ist die meistgestellte Frage an mich. Von meinem Akzent schließen die meisten darauf, dass ich Französin sei; von meinem Aussehen tippen sie auf Spanierin, Südamerikanerin, Italienerin oder Iranerin. Normalerweise gehe ich spielerisch mit der Frage um und versuche Zeit zu gewinnen, um einzuschätzen, mit wem ich es bei dem Fragesteller zu tun habe. Meist antworte ich mit einer Gegenfrage: „Raten Sie doch!“ In 99 Prozent der Fälle gibt es kein „Bingo“. Sobald ich sage, dass ich aus Israel komme, schaue ich in die Augen meines Gegenübers und beobachte seinen Gesichtsausdruck. Manchmal bewegen sich die Mundwinkel nach unten, und es ist schlagartig Unbehagen zu spüren: „Warum muss ich gerade jetzt jemandem aus Israel begegnen?“ Diesen Gedanken kann ich förmlich „riechen“ – oder bin ich etwa paranoid?! Manchmal sehe ich aber auch glänzende Augen: „Oh, wie schön, ich wollte schon immer mal nach Israel reisen!“ Manche Leute fangen sofort zu politisieren an: „Sag mal, was machen denn die Israelis für einen Quatsch?! Schrecklich!“ Sie meinen „die Siedlungen“. Andere Leute waren schon mal vor Ort und sagen: „Wir haben uns in Israel sehr wohl gefühlt.“ Skeptikern versuche ich zu erklären, dass in den deutschen Medien ein einseitiges Bild gezeichnet wird. „Israel ist genauso wenig perfekt wie andere Länder, aber wunderschön und kontrastreich, lebendig und bunt – ein ganz besonderes Reiserlebnis“, sage ich dann. Unversehens werde ich zu einer informellen Botschafterin und merke: Hier in Deutschland nehme ich Israel und die Israelis in Schutz; dort in Israel verteidige ich Deutschland und die Deutschen.

Anat Manor, Bildende Künstlerin (Originalbeitrag 2014)



Sportliche Begegnung: Dennis Schröder (re.) und Gal Mekel beim Basketball-Supercup in Bamberg 2014

beruflichen Karriereschritten im Partnerland gehören inzwischen zur Alltagsroutine. Seit 2008 überträgt ein israelischer TV-Sportkanal wöchentlich mehrere Bundesligaspiele. Schon bei der Fußball-WM 2010 in Südafrika errang die deutsche Mannschaft auf der israelischen Sympathie-Skala den zweiten Platz, nur zwei Prozent hinter der holländischen Elf.

Deutsche sind nach US-Amerikanern, Russen und Franzosen die viertgrößte Besuchernation in Israel. Nach zeitweisen Rückgängen während der Zweiten Intifada reisten 2013 erstmals mehr als 250 000 Deutsche ins Land; trotz des mehrwöchigen Raketen- und Gazakrieges im Sommer 2014 ist die Zahl der Touristen im Ganzen kaum zurückgegangen. Vielleicht noch erstaunlicher: Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zum touristischen Magneten der Israelis entwickelt – allein 2012 reisten 238 000 Touristinnen und Touristen aus dem kleinen Land an, um sich das trendige Berlin und andere Sehenswürdigkeiten in Deutschland anzusehen. Zudem haben etwa 20 000 vorwiegend junge Israelis ihren Lebensmittelpunkt nach Berlin verlagert; mit experimentellen Start-ups sowie allerlei künstlerischen und kulinarischen Initiativen bereichern sie das Kultur- und Wirtschaftsleben in der deutschen Hauptstadt. Die Liberalisierung des Luftverkehrs zwischen der EU und Israel dürfte geografische und kulturelle Distanzen weiter überbrücken helfen.

Europa und das deutsch-israelische Verhältnis

Über viele Jahre waren die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und Israel vornehmlich wirtschaftlicher Natur: In den Freihandelsabkommen von 1964, 1970 und 1975 erwarb Israel für seine Ausfuhren schrittweise Zollsenkungen, vor allem für landwirtschaftliche Produkte. Die letzten Zollschränken fielen 1989 – seither gewähren sich Israel und die Europäische Union (EU) gegenseitig freien Zugang zu ihren Märkten sowie diverse Vorzugsbedingungen im Warenaustausch. Vergleichbare Abkommen schloss die EU auch mit anderen (arabischen) Mittelmeeranrainerstaaten.

Seit Juni 2000 ist Israel über ein Assoziierungsabkommen enger denn je mit der EU verbunden. Mit einem Handelsvolumen von mehr als 30 Milliarden Euro ist sie Israels wichtigste Handelspartnerin. 2013 flossen 31,9 Prozent aller israelischen Warenexporte in die EU. Israel importiert jährlich Waren für mehr als 17 Milliarden Euro aus der EU und exportiert Güter für jährlich knapp 13 Milliarden Euro.

Was sich in den Wirtschaftsbeziehungen als Erfolg ausnimmt, trifft auf das politische Verhältnis der EU zu Israel weniger zu: Israel war bis Ende der 1980er-Jahre nicht daran interessiert, die Beziehungen zur EU zu „politisieren“. Angesichts historischer Bindungen und Beziehungen einflussreicher EU-Staaten wie Frankreich und Großbritannien zur arabischen Welt befürchtete der jüdische Staat im Nahostkonflikt eine europäische Parteinahme zu seinen Lasten. Insofern konnte den Israelis die politische Uneinigkeit der Europäer nur willkommen sein. Dennoch haben die europäischen Regierungen ihr Ziel nicht aus den Augen verloren, auch im Nahen Osten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln – seit 1993 werden die deutsch-israelischen Beziehungen in Verbindung mit dem Vertrag von Maastricht von Elementen einer europäisch-mediterranen Kooperation ergänzt.

Europäische Nahostpolitik

Aufgeschreckt vom palästinensischen Terrorismus und von arabischen Ölboykott-Drohungen haben die EG-Staaten seit Anfang der 1970er-Jahre immer wieder nach diplomatischen Formeln gesucht, um zu einer Lösung des in ihrer Nachbarschaft schwelenden Nahostkonflikts beizutragen. Die Erfolge europäischer Gipfel-Diplomatie waren bescheiden, sie bewirkten regelmäßig diplomatische Auseinandersetzungen mit Israel. Zunächst inoffiziell (1971), dann auch offiziell (1973) verfasste die EG im Rahmen der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ ihre erste gemeinsame Nahosterklärung: Dort setzten sich die Mitgliedstaaten für die „legitimen Rechte der Palästinenser“ ein, ohne Israels Existenzrecht ausdrücklich zu erwähnen. Israels Regierung und Öffentlichkeit zeigten sich enttäuscht, dass auch die Bundesregierung das Papier mitunterzeichnet hatte. Diese ließ verlauten, sie habe aus gesamt-europäischer Verantwortung, insbesondere Frankreich gegenüber, Zugeständnisse machen müssen. Willy Brandt betonte am 9. November 1973 im Bundestag: „In Brüssel ist [...] kein Schlusstein gesetzt worden, sondern dort ist ein Weg gesucht worden.“

Im Juni 1980 verabschiedete der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen in Venedig eine Erklärung, in der neben der Forderung nach dem Ende der Besetzung palästinensischer Gebiete erstmals das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und die PLO als offizielle Vertretung der Palästinenser anerkannt wurden. In Israel wurde die Aufwertung der PLO

scharf kritisiert. Demonstrativ erklärte das israelische Parlament ganz Jerusalem zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt“ Israels.

Im Zuge des Osloer Friedensprozesses konnte die EU ihr politisches Gewicht im Nahen Osten ausbauen: Es flossen mit breiter deutscher Unterstützung finanzielle Direkthilfen und vielfältige Fördermaßnahmen in die Region – nicht zuletzt in die palästinensischen Autonomiegebiete. Seit 1996 darf Israel auf europäischer Ebene an nicht-nuklearen Wissenschaftsprogrammen teilnehmen. Außerdem rückte die EU zur größten Geldgeberin im Nahen Osten auf – und wurde 2002 auch als politische Akteurin ernst genommen, als sie im „Nahostquartett“ neben den USA, Russland und der UNO als gleichwertige Partnerin auftreten konnte.

Teile der israelischen Öffentlichkeit können inzwischen der EU auch positive Seiten abgewinnen. Nicht wenige Israelis nehmen ihr Land ohnehin als einen Brückenkopf Europas im Orient wahr. Aufgrund historisch-politischer, kultureller und wirtschaftlicher Verflechtungen gibt es seit einer Initiative des damaligen Außenministers Benjamin Netanjahu 2002 selbst in politisch konservativen Kreisen Stimmen, die einen Beitritt Israels zur EU wünschen.

Doch vor einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts dürfte es zu keinen ernsthaften Beitrittsverhandlungen kommen. Gleichwohl haben Israel und die EU im Dezember 2004 einen Vertrag unterzeichnet, der Israel in Projekte der EU einbindet, von denen es bisher ausgeschlossen war. Mit der Eingliederung des Landes in den europäischen Binnenmarkt (einschließlich eines freien Reiseverkehrs) wird Israel künftig auch ohne eine förmliche EU-Mitgliedschaft über den Status einer „privilegierten Partnerschaft“ verfügen. 2010 wurde Israel in die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) aufgenommen; ihre 34 überwiegend europäischen Mitgliedstaaten fühlen sich demokratischen und marktwirtschaftlichen Vorstellungen verpflichtet. 2011 erlangte Israel als erstes nichteuropäisches Land die Mitgliedschaft in der „Europäischen Organisation für Nuklearforschung“ (CERN). Auch geografisch nähern sich die EU und Israel einander an: Der jüdische Staat ist infolge des EU-Beitritts Zyperns nur noch 250 Kilometer von den Außengrenzen Europas entfernt.

Europa und Israel: im Kreuzfeuer der Kritik

Für Spannungen und Rückschläge in den Beziehungen sorgt regelmäßig der israelisch-palästinensische Konflikt: Zwischen 1994 und 2013 stellte die EU den Palästinensern 5,6 Milliarden Euro Hilfgelder zur Verfügung und ist damit die größte internationale Geldgeberin der palästinensischen Autonomiebehörde. Aktuell unterstützt die EU die Autonomiebehörde jährlich mit mehr als 400 Millionen Euro; 2013 waren davon 168 Millionen Euro direkte Budgethilfe. Seitdem Indizien aufgetaucht sind, dass ein Teil der EU-Fördergelder versickert oder zweckentfremdet wird, zum Beispiel zur Finanzierung von TV-Hass-Sendern, nehmen der EU-Haushaltsausschuss und der Europäische Rechnungshof die Verwendung von Fördermitteln genauer in den Blick. Auch der von der Hamas kontrollierte Gazastreifen wird von der EU mit finanziellen Mitteln bedacht. Während des Raketenkrieges 2014 wurde bekannt, dass mit Hilfgeldern, die eigentlich dem Bau von Schulen, Kindergärten und anderen zivilen Einrichtungen zu Gute kommen sollten, auch ein weitverzweigtes Tunnelsystem einschließlich eines ehrgeizigen Raketenprogramms finanziert worden ist.



Unterstützung für beide Seiten: EU-Vertreter John Gatt-Rutter bei der Grundsteinlegung für eine neue Meerwasserentsalzungsanlage in Gaza-Stadt im März 2014 ...



... Unterzeichnung des „Horizon-2020-Assoziierungsabkommens“ im Juni 2014. Israel nimmt als einziges nichteuropäisches Land an diesem EU-Forschungsprogramm teil.



Streitpunkt: Die israelische Siedlungspolitik führt immer wieder zu Kontroversen mit der EU und europäischen Staaten. Baukran in der Siedlung Har Homa im Januar 2014

Wiederkehrende Unruhen, Terroranschläge und militärische Operationen lösen europaweit immer wieder israelkritische Reaktionen aus. Viele befürchten, Israels Besatzungs- und Siedlungspolitik verletze jene menschenrechtlichen Standards, zu deren Einhaltung Israel als einziger demokratischer Staat im Nahen Osten verpflichtet sei. Mancherorts fühlen sich europäische und deutsche Politiker genötigt, ihre frühere „Zurückhaltung“ gegenüber Israel aufzugeben. Das Europäische Parlament drohte im Frühjahr 2004 damit, das Assoziierungsabkommen mit Israel aufzukündigen, wenn das Land mit der gezielten Tötung palästinensischer Terroristen fortfahre. Zudem unterstützten die EU-Staaten noch im selben Jahr eine Resolution der UNO-Vollversammlung mit der Forderung an Israel, die im Bau befindlichen Sperranlagen abzureißen, die teilweise auf palästinensischem Gebiet verlaufen. Allerdings räumte der EU-Sonderbeauftragte für den Nahost-Friedensprozess Marc Otte (2003–2011) später ein, dass die Sperranlage palästinensische Extremisten davon abhalte, Selbstmordanschläge in Israel zu verüben.

Nach wie vor sorgt eine 2005 geschlossene Vereinbarung zwischen der EU und Israel für Spannungen, wonach Produkte, die aus jüdischen Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten stammen, verzollt werden sollen. Kritiker sehen in der seit 2013 offensiv vorgetragenen Forderung nach einer EU-weiten Kennzeichnung von Produkten aus Siedlungen eine vorbereitende Maßnahme zum Boykott dieser Produkte; die Forderung nach „informierten Kaufentscheidungen“ wecke nicht nur ungute historische Assoziationen, sondern hintertreibe Ansätze israelischer Konzessionsbereitschaft gegenüber den Palästinensern. Einige Beobachter fragen sich, warum die EU nicht auch eine Kennzeichnungspflicht für indische Erzeugnisse aus dem Kaschmir oder für chinesische Produkte aus Tibet einführt.

Gemäß einer EU-Richtlinie für Förderprogramme vom 19. Juli 2013 enthalten alle Abkommen zwischen Israel und der EU seit 2014 einen Passus, wonach jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten von der Förderung durch gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme ausgenommen sind.

Israel hat diese Richtlinie inzwischen de facto akzeptiert und kann im Gegenzug als einziges nichteuropäisches Land am Forschungsprogramm „Horizon 2020“ teilnehmen.

Seit einigen Jahren häufen sich europaweit gewaltsame Übergriffe gegen Juden und jüdische Einrichtungen – vor allem in Frankreich, Ungarn und Schweden. Befragungen belegen einen wachsenden Antisemitismus unter muslimischen Einwanderern, rechtsgerichteten „Protestwählern“ und linken Globalisierungskritikern, aber auch in Teilen der sogenannten gesellschaftlichen Mitte. Einer Umfrage der EU-Kommission von 2010 zufolge sehen 59 Prozent aller Europäer und 65 Prozent der Deutschen in Israel „eine Gefahr für den Weltfrieden“. Während des Raketen- und Tunnelkrieges zwischen der Hamas und Israel wurden im Sommer 2014 auch in deutschen Städten antisemitische Parolen skandiert sowie Menschen und Synagogen attackiert. Zwar ist nicht jede einseitige und überzogene „Israelkritik“ antisemitisch, doch zeigen die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung, dass es einen Zusammenhang zwischen negativer Grundeinstellung gegenüber Israel und antisemitischem Ressentiments gibt.

Wie viel Vergangenheit braucht die Gegenwart?

1958 riefen evangelische Aktivisten die „Aktion Sühnezeichen“ ins Leben: Seit jener Zeit arbeiten jedes Jahr weltweit – auch in Israel – hunderte junger Deutscher in sozialen Projekten für und mit Menschen, denen während der Zeit des Nationalsozialismus Leid zugefügt worden ist. Mit diesem Projekt haben sich die Deutschen großes Ansehen erworben. Doch als die „Aktion“ 1968 beschloss, sich den Namenszusatz „Friedensdienste“ zuzulegen, um sowohl anerkannte Kriegsdienstverweigerer einzusetzen als auch Projekte unter der arabischen Minderheit Israels durchzuführen, entbrannte in der bundesdeutschen und israelischen Öffentlichkeit eine Debatte, die seither immer wieder neu aufbricht und um folgende Fragen kreist:

Inwieweit besteht in Deutschland der Wunsch oder die Tendenz, die NS-Vergangenheit zu verdrängen? Sind deutsche „Nahost-Experten“ besonders qualifiziert, Israel in Sachen Menschenrechte moralische Lektionen zu erteilen, oder streben sie damit nach moralischer Kompensation für die NS-Vergangenheit?

Die „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ wurde 1968 zu Unrecht der Relativierung der Vergangenheit bezichtigt. Es gibt jedoch zahlreiche Fälle, in denen dies tatsächlich geschah; dazu vier Beispiele:

- Teile der „neuen“ deutschen Linken, die ihre „antifaschistische“ Gesinnung hochhielten, organisierten auf einer Vortragsreise des israelischen Botschafters Asher Ben-Nathan durch deutsche Universitätsstädte im Juni 1969 aggressive Proteste. Nur wenige Monate später hieß es im Bekenner schreiben einer Splittergruppe noch unverblümt: „Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“
- Im „Historikerstreit“ stritten in den 1980er-Jahren namhafte deutsche Intellektuelle über die Frage, ob die Shoah eines unter vielen anderen geschichtlichen Ereignissen oder aber als Zivilisationsbruch „einzigartig“ sei. Die Position der Historiker, die Ersteres behauptet hatten, wurde von der Mehrheit ihrer Fachkollegen abgelehnt.
- Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts vermochte 1997 jeder fünfte Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren nichts mit dem Begriff „Auschwitz“ anzufangen. Eine Befragung unter 3000 Hamburger Schülerinnen und Schülern ergab 2004, dass 59 Prozent der Jugendlichen nicht wussten, dass Israel eine Demokratie ist – sie kreuzten entweder an, Israel sei eine „Monarchie“ oder eine „Militärdiktatur“.
- Nach einer STERN-Umfrage sind die Folgen der Nazi-Zeit im Bewusstsein vieler Deutschen nicht mehr präsent. 60 Prozent der Befragten meinten 2012, Deutschland habe keine besondere Verpflichtung gegenüber Israel. Nur jeder Dritte (33 Prozent) bekannte sich zu einer solchen Verantwortung.



Entfremdung: 1969 wird der israelische Botschafter Asher Ben-Nathan während einer Rede in der Münchner Universität von Studentinnen und Studenten, die die israelische Palästinenserpolitik kritisieren, mit Buhrufen empfangen.



Klarstellung: Richard von Weizsäcker erinnert in seiner historischen Rede im Bundestag am 8. Mai 1985 insbesondere an die sechs Millionen ermordeten jüdischen Männer, Frauen und Kinder.



Trotz einiger Differenzen stehen die besonderen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht in Frage. Bundespräsident Joachim Gauck 2012 mit dem damaligen Staatspräsidenten Shimon Peres in der Halle der Erinnerung in Yad Vashem.

In Deutschland hat es bis in die jüngste Zeit vergangenheitspolitische Eklats gegeben; dabei spielte der Wunsch eine Rolle, sich der historischen Last durch Verdrängung und Relativierung zu entledigen. Dass das bilaterale Verhältnis diesen Belastungen standhalten konnte, ist auch auf das Wirken einiger Bundespräsidenten zurückzuführen.

- So erklärte Richard von Weizsäcker bei seiner Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges den 8. Mai zum Tag der „Befreiung“ und der „Erinnerung“ auch für Deutsche. Dabei erwähnte er „insbesondere“ die sechs Millionen ermordeten jüdischen Männer, Frauen und Kinder sowie weitere Opfergruppen. Im Oktober 1985 reiste von Weizsäcker als erster Bundespräsident nach Israel.
- Johannes Rau sprach im Februar 2000 als erster deutscher Politiker im israelischen Parlament zu den Abgeordneten in deutscher Sprache – eine Entscheidung der israelischen Seite, die nicht unumstritten war. „Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation, um unserer Kinder und Kindeskinde willen, deren Zukunft ich an der Seite der Kinder Israels sehen möchte.“ Parlamentspräsident Avraham Burg bezeichnete Rau in Anbetracht seiner denkwürdigen Rede als „größten Freund Israels“.
- Joachim Gauck äußerte 2012 bei seinem Besuch in Israel Unbehagen wegen der israelischen Siedlungspolitik. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Distanz der deutschen Öffentlichkeit zu Israel versicherte der Bundespräsident, dass seine kritischen Bemerkungen die besonderen Beziehungen beider Länder zueinander nicht infrage stellten: Das Eintreten für Israels Existenzrecht sei „bestimmend“ für die deutsche Politik. Merkels Bekenntnis, die Sicherheit Israels gehöre zur deutschen Staatsräson, nannte Gauck allerdings „schwierig“, weil es die Kanzlerin in „enorme Schwierigkeiten“ bringen könne.

Normale oder asymmetrische Beziehungen?

Deutsche Kritik an Israel und israelischer Deutschland-Hype

Gefühle der Deutschen gegenüber Israelis unterliegen extremen Schwankungen – und dies seit Jahrzehnten. Die ebenso rasche wie prinzipiell austauschbare Abfolge von Begeisterung, Kritik und Antisemitismus lässt vermuten, dass Stimmungen dieser Art mehr mit deutschen Zuständen als mit politischen Turbulenzen im Nahen Osten zu tun haben: Der Psychoanalytiker Hans Keilson stellte 1986 fest: „Aus dem Sündenbock war erst der Tugendbock geworden, beladen mit allen Idealen und Tugenden, die man in seiner eigenen Geschichte und bei seinen Eltern nicht antreffen konnte, und die Enttäuschung über die nicht gelungene Projektion eines moralischen Hochstandes – eines Übermenschen würdig – schuf schließlich den alt-neuen Sündenbock.“ Gewiss unterhält Deutschland ein engeres Verhältnis zu Israel als die meisten anderen europäischen Länder; doch die Verbundenheit mit Israel ist in hohem Maße ein Elitenprojekt. Seit 1981 sinken die Sympathiewerte für Israel – mit zunehmender Tendenz. Laut einer im Januar 2015 veröffentlichten Blitzumfrage der Bertelsmann-Stiftung haben 48 Prozent der Deutschen eine „ziemlich oder sehr schlechte Meinung über Israel“ und nur noch 36 Prozent eine „sehr oder ziemlich gute Meinung über Israel“. Diese Stimmungslage, die teilweise auch antisemitischen Haltungen in der Mitte der Gesellschaft geschuldet ist, prägt die öffentliche Meinung mehr als es die ansonsten guten offiziellen Beziehungen vermuten lassen.

Schwankende Gefühle sind auch unter Israelis anzutreffen, allerdings mit umgekehrter Tendenz: Aus der Schoah rührende Vorbehalte gegenüber Deutschland und den Deutschen sind

immer dann abrufbar, wenn sich in Deutschland antiisraelische und antisemitische Affekte bemerkbar machen; doch zugleich droht das deutsch-israelische Verhältnis auf eine Weise asymmetrisch zu werden, wie man es noch im ausgehenden 20. Jahrhundert nicht für möglich gehalten hätte. „Israelis begegnen Deutschen [...] offener als umgekehrt, weil sie ihnen im Normalfall ‚nur‘ Vergangenes entgegenhalten können, sich aber dessen bewusst sind, dass es keine persönliche Verantwortung der Nachgeborenen gibt. Deutsche hingegen sind auch einzelnen Israelis gegenüber zunehmend distanzierter, weil sie ihnen kollektive Verantwortung für Gegenwärtiges aufbürden. Das ist deshalb fatal, weil durch das israelische Zugehen bei gleichzeitigem deutschen Zurückweichen die Distanz gleich bleibt oder sogar größer wird.“ (Grisha Alroi-Arloser, israelischer Deutschland-Experte, 2011) Während sich viele Deutsche von Israel abwenden, ist das vormals sehr negative

Möglichkeiten und Grenzen der Kritik

Aufmerksame Mediennutzerinnen und -nutzer wissen, dass es in Deutschland kein Tabu gibt, Israel und die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren. Der frühere Ministerpräsident Ariel Scharon wurde scharf kritisiert, zum Teil noch heftiger als Politiker wie zuvor Menachem Begin und heute Benjamin Netanjahu. Die Schlüsselfrage ist, ob Medien, Politiker und Kulturschaffende ein faires, kritisch-differenzierendes oder aber ein verzerrtes Israelbild zeichnen.

Der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann zeigte 2002 Verständnis für die Selbstmordkommandos palästinensischer Terroristen gegen den angeblichen „Staatsterrorismus“ Israels. In einem Flugblatt setzte er seine Sicht des Nahostkonflikts als Argument im nordrhein-westfälischen Bundestagswahlkampf ein – dabei wurden zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte ein Israeli (Ariel Scharon) und ein deutscher Jude (Michel Friedman) zur gemeinsamen Zielscheibe in einem Wahlkampf.

In einem „Gedicht“ äußerte 2012 der Schriftsteller Günter Grass die Befürchtung, die Israelis könnten „das iranische Volk auslöschen“ und den „Weltfrieden“ gefährden. Das Phantasma jüdischer Allmacht blitzt auch in Artikeln des Verlegers Jakob Augstein auf: „Wenn Jerusalem anruft, beugt sich Berlin dessen Willen. [...] [D]ie Regierung Netanjahu (führt) die ganze Welt am Gängelband.“

Vorfälle wie diese lösen in Deutschland regelmäßig heftige Diskussionen aus, wann Kritik an Israel in Antisemitismus umschlägt. Mindestens in die Nähe zu antisemitischer Israelkritik gerät, wer ...

- das Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat in Frage stellt (grundsätzliche Delegitimierung Israels);
- Israel, die „zionistische Lobby“ oder gar „die Juden“ für allerlei Grundübel der Menschheit verantwortlich macht (Dämonisierung Israels);
- umstrittene israelische Militäreinsätze im Antiterrorkampf mit den Verbrechen der Nazis gleichsetzt (Aufrechnung und Entsorgung der NS-Verbrechen);
- die Handlungen Israels mit anderen Maßstäben als die Praktiken anderer internationaler Akteure misst und beurteilt (doppelter Moralstandard);
- in Wort und Bild (zum Beispiel in Karikaturen) stereotype Hassbotschaften verbreitet.

Image der Deutschen in der israelischen Öffentlichkeit seit Ende der 1970er-Jahre stetig positiver geworden. Ob es um Autos, Fußball oder um Ausdrucksformen deutscher Kultur geht – unter Israelis ist ungeachtet auch zwiespältiger Erfahrungen in den vergangenen Jahren ein regelrechter Deutschland- und vor allem Berlin-Hype entstanden. Seit ihrem Staatsbesuch in Jerusalem 2008 gehört Angela Merkel zu den populärsten ausländischen Politikern in Israel. Laut einer Bertelsmann-Studie von Januar 2015 haben 68 Prozent der jüdischen Israelis ein positives Deutschland-Bild.

Zukunftsperspektiven

Im Februar 2014 trafen sich die deutsche und die israelische Regierung zum fünften Mal seit 2008, um bilaterale und internationale Fragen zu besprechen. Trotz anhaltender Meinungsunterschiede wegen der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland und der Risikobewertung der iranischen Nuklearaktivitäten versicherten sich beide Seiten ihrer gegenseitig wertschätzenden Solidarität und Partnerschaft. Beide Regierungen unterzeichneten ein Abkommen über Ghetto-Renten, einigten sich auf eine konsularische Vertretung israelischer Bürgerinnen und Bürger in Ländern ohne israelische Repräsentanz durch Deutschland und brachten neue Jugendaustauschprogramme und befristete Arbeitsvisa sowie hochtechnische Wasserprojekte auf den Weg. Bundeskanzlerin Merkel empfing von Staatspräsident Peres den höchsten Orden Israels, derweil ihr persönliches Verhältnis zu Ministerpräsident Netanjahu als „schwierig“ gilt.

Sieben Jahrzehnte nach dem Ende der Schoah kann und wird es kein Vergessen geben; gleichwohl lassen versöhnliche und zukunftssträchtige Gesten neues Vertrauen wachsen. Insbesondere auf technisch-operativer Ebene funktionieren die deutsch-israelischen Beziehungen weitgehend „normal“ – über Besonderheiten in den beiderseitigen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbeziehungen muss kaum mehr ein Wort verloren werden. Beispielgebend in jüngster Zeit sind israelisch-deutsche Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit: Im Rahmen sogenannter Dreiecksoperationen tragen deutsche und israelische Expertinnen und Experten gemeinsam zur Modernisierung der Wasser- und Bodenbewirtschaftung bei – zum Nutzen der Menschen in Ghana, Äthiopien und Kenia und bald auch in Burundi, Burkina Faso und Kamerun.

Zur deutschlandkritischen Skandalisierung eignet sich heute allenfalls noch die Ausstrahlung von Musikstücken des Antisemiten Richard Wagner im israelischen Rundfunk oder Berichte über Aktionen von Neonazis in Teilen der deutschen Provinz. Die Proteste von fünf israelischen Abgeordneten gegen die auf Deutsch gehaltene Rede von Bundespräsident Horst Köhler vor der Knesseth im Februar 2005 weckten in der deutschen Öffentlichkeit größere Aufmerksamkeit als in den israelischen Medien.

Für die Mehrheit der Deutschen ist Israel noch immer kein Staat wie jeder andere. Ein Indiz dafür sind stets die aufgeregten Reaktionen, wenn der Nahostkonflikt aufs Neue eskaliert. Die Kritik an der Politik Israels nimmt dann häufig hysterische Ausmaße an – zeitweise ist mehr als die Hälfte aller Deutschen der Auffassung, Israel behandle die Palästinenser ähnlich schlecht wie die Nazis die europäischen Juden. Die Hintergründe des ungleichen Krieges zwischen der terroristischen Hamas und Israel – etwa die inmitten ziviler Einrichtungen lancierten Raketenangriffe auf israelische Bevölkerungszentren, die die is-



Streitpunkt Nahostkonflikt: Demonstranten mit palästinensischer Flagge treffen auf Unterstützer Israels, Berlin 2014

raelischen Militärs zum Schutz der Bevölkerung zu „unverhältnismäßig“ anmutenden Gegenschlägen zwingt – werden hierzulande vielfach mit Unverständnis aufgenommen. Während große Teile der gesellschaftlichen Mitte auf Distanz zu Israel gehen, protestieren islamistische sowie rechts- und linksgerichtete Demonstranten gemeinsam gegen den vermeintlichen „Aggressor“-Staat Israel und verbreiten antisemitische Parolen. Demgegenüber stoßen vergleichbare oder gar schlimmere Gewaltexzesse in anderen Ländern auf ein erstaunliches Desinteresse. Offenbar werden die Handlungen Israels mit anderen und strengeren Maßstäben gemessen als sie sonst international üblich sind.

Während Israelis hierzulande bisweilen als lästige Kritiker antisemitischer Tendenzen in Deutschland wahrgenommen werden, treten Deutsche gegenüber Israel manchmal wie selbstgerechte Moralisten auf, die den israelischen „Besatzern“ mit erhobenen Zeigefingern Wege zum „gerechten“ Nahostfrieden aufzeigen wollen. Wenn Deutsche und andere Europäer – übrigens auch Israelis und Palästinenser – in Zukunft eine konstruktive Rolle spielen wollen, werden sie das Plädoyer des Historikers Dan Diner für eine „gordische Lösung“ beherzigen müssen: „Nämlich zum einen den Antisemitismus zu bekämpfen, als ob es den arabisch-jüdischen, is-

raelisch-palästinensischen Konflikt nicht gäbe; zum anderen alles zu unternehmen, um ebenjenen Konflikt einer beiden Seiten zuträglichen Lösung zuzuführen – so, als gäbe es den Antisemitismus nicht.“

Der gewaltsame Niedergang des „arabischen Frühlings“ in Ägypten, Syrien und Irak unterstreicht das Bild des modernen Israels als einer blühenden Oase in einer durch Kriege gezeichneten Umgebung. Der Traum von einem Nahen Osten als Teil einer europäisch-mediterranen Wirtschafts-, Friedens- und Sicherheitszone wird noch lange Zeit eine utopische Vorstellung bleiben. Inwieweit es dagegen Israel (vielleicht auch einem palästinensischen Staat) gelingen wird, irgendwann einmal im Rahmen einer Zweistaatenlösung Vollmitgliedschaften bei der Europäischen Union und der NATO zu erlangen, wird auch von der weiteren Dynamik der deutsch-israelischen und zunehmend auch der europäisch-israelischen Beziehungen abhängen. Unbefangene „Normalität“ im wortwörtlichen Sinne kann es in einem überschaubaren Zeitrahmen nicht geben. Umso wichtiger ist die Einsicht, dass Deutsche und Israelis nicht nur wegen der Vergangenheit, sondern auch aufgrund der Gegenwart – im Kontext gemeinsamer politischer Interessen sowie kultureller, demokratischer und menschenrechtlicher Werte – eng miteinander verbunden sind.



© ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch



© Foto: Sofie Bürk/DJH

„Laboratorien der Zukunft“: Israelische Freiwillige, die im Rahmen des Kom-Mit-Nadev-Freiwilligenprogramms 2012/2013 in zivilgesellschaftlichen Projekten in Deutschland arbeiten, im Gespräch mit jungen Deutschen, die einen Freiwilligendienst in Israel absolviert haben. Vernetzungsseminar „Volunteering in Israel – Volunteering for Germany?“, 2013 in Berlin (li.). Deutsch-Israelische Jugendbegegnung des Deutschen Jugendherbergswerks in Kooperation mit der Israel Youth Hostel Association 2013 in Jerusalem (re.).

Literaturhinweise und Internetadressen

Anderswo. Regie: Ester Amrami, Deutschland 2015, 82 min.
Eine deutsch-israelische Beziehungskomödie, die relevante Themen des Heftes aufgreift.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte: Israel und Deutschland (APuZ 5/2015) vom 2. Februar 2015, Bonn, 48 S.; Antisemitismus (APuZ 28–30/2014) vom 7. Juli 2014, Bonn 2014, 48 S.

Dachs, Gisela (Hg.): Deutsche, Israelis und Palästinenser. Ein schwieriges Verhältnis, Heidelberg 1999, 286 S.

17 Nahostkorrespondenten berichten über innere und äußere Konflikte im deutsch-israelisch-palästinensischen Beziehungsdreieck.

Dies.: israel kurzgefasst, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, 2. überarb. Auflage, Bonn 2013, 176 S.

Hansen, Niels: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion, Düsseldorf 2002, 891 S.

Kenntnisreich und detailliert schildert der ehemalige deutsche Botschafter in Israel den schwierigen Weg der Annäherung zwischen Deutschland und Israel in den 1950er- und 1960er-Jahren.

Jelinek, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, 498 S.

Annäherungen an die schwierige Vorgeschichte der deutsch-israelischen Beziehungen aus israelischer Perspektive

Kloke, Martin: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses (Schriftenreihe des DIAK, Bd. 20), Schwalbach/Ts. 1994 (erw. Neuauflage), 388 S.

Eine mentalitätsgeschichtliche Untersuchung israelbezogener Einstellungsveränderungen in der deutschen Linken

Kron, Norbert / Shalev, Amichai (Hg.): Wir vergessen nicht, wir gehen tanzen. Israelische und deutsche Autoren schreiben über das andere Land, Frankfurt a. M. 2015, 320 S.

Die Anthologie umfasst teils sehr persönliche Prosastücke über das Leben, die Liebe, die Abgründe, den Schmerz.

Lotem, Itay / Seitz, Judith: Israel – Nah im Osten, hg. v. ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, Lutherstadt Wittenberg 2011, 160 S.

Das Buch beleuchtet den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, fragt nach den Folgen des Holocaust für die israelische Gesellschaft und stellt Religion, Politik, Staat und Wirtschaft vor. Auf unterhaltsame Weise macht es vertraut mit Land und Leuten.

Oz-Salzberger, Fania: Israelis in Berlin, Frankfurt/Main 2001, 238 S.
Die Autorin schildert israelische Begegnungen in und mit Berlin, die hineinführen in die deutsch-jüdische und israelische Geschichte – ein Erbe, das Israelis und Deutsche verbindet und trennt.

Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, 614 S.
Eine historische Bestandsaufnahme der DDR-Politik gegenüber Israel

Weingardt, Markus A.: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt/Main / New York 2002, 504 S.

Eine Gesamtdarstellung der Balanceakte deutscher Israelpolitik von Konrad Adenauer bis Joschka Fischer

www.bpb.de/internationales/asien/israel

www.compass-infodienst.de

Infodienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tages-themen im Web

www.conact-org.de

„Gemeinsam handeln“ – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

www.de5oil.org/de

50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

www.deutsch-israelische-gesellschaft.de

Bundesgeschäftsstelle der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

www.hagalil.de

Seite mit vielen Links zu Judentum und Israel

www.israel.de

Israelische Botschaft in Deutschland

Impressum

Der Autor:

Dr. Martin Kloke ist verantwortlicher Redakteur für die Fächer Ethik, Philosophie und Religion bei den Cornelsen Schulverlagen in Berlin. Daneben befasst er sich seit vielen Jahren mit der deutsch-israelischen sowie christlich-jüdischen Beziehungsgeschichte und hat dazu zahlreiche Beiträge verfasst.

Redaktionsschluss

März 2015

Herausgeberin

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/995 15-309, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion

Christine Hesse (verantwortlich, bpb), Jutta Klaeren, Magdalena Langholz (Volontärin)

Mitarbeit:

Fabian Flatten, Euskirchen

Titelbild

© Micha Bar Am / Magnum Photos / Agentur Focus

Gesamtgestaltung

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck

STARK Druck GmbH & Co.KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb

IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin,
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de